

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kz 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückführung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1929.

4. Jahrgang.

Samstag, 15. März 1924.

Nr. 64.

Was steht auf dem Spiele?

Zu den deutschen Reichstagswahlen.

Der Deutsche Reichstag ist am Donnerstag aufgelöst worden. Die vorausgesehen war, hat die Regierung die Auflösung ausgesprochen, ehe der von den bürgerlichen Parteien beabsichtigte Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über die von den Sozialdemokraten gestellten Abänderungsanträge der in der Zeit des Ermächtigungsgesetzes erlassenen volksfeindlichen Verordnungen eingebracht wurde. Bei der Abstimmung darüber hätte sich gezeigt, daß die Regierung über keine Mehrheit verfügt. Um ihren eigenen Sturz zu verhüten, hat die Regierung dem Reichstag ein Ende bereitet, wobei sie auch davor nicht zurückschreckte, die Neuwahlen noch vor dem Termin der französischen Kammerwahlen ansetzen zu müssen, was insofern einen Nachteil bedeutet, als aus einem Siege der Völkischen die Wahloperation der französischen Nationalisten Vorteile ziehen würde. Die Fragen, die in dem anstehenden Wahlkampf zur Beantwortung gestellt sind, sie lauten: **Gewaltspolitik oder Verständigung, friedliche Entwicklung oder Katastrophe, für oder gegen die Republik!**

Der deutschen Arbeiterschaft stehen Wochen heißer Kämpfe bevor, dem deutschen Volke Tage höchster Spannung und Erwartung. In den Wahlurnen wird sich auf lange Zeit sein Schicksal entscheiden. Die Gefahr, die Deutschland droht, geht von dort aus, wo die stehen, die mit jedem Öffnen ihrer darauf trainierten Mäuler sich als die Monopolisten der einzig wahren Liebe zum deutschen Volke aufspielen. Jahrelang haben sie dieser Liebe mit dem Revolver in der Faust Ausdruck gegeben, haben durch hunderte Menschenmorde und Niedererschießungen Andersgünstiger ihrer Gesinnung, der Gesinnung der „Edelsten und Besten“ der Nation, zum Durchbruch zu verhelfen. Jetzt werden sie ihr Ziel, die Vernichtung der verhassten Republik, auf kaltem Wege zu erreichen suchen. Die Exzesse des französischen Imperialismus, das brutale Wüten der französischen Soldateska und all die haarsträubende Unvernunft, mit der Herr Poincaré Deutschlands Existenz zu zerstören suchte, sie haben Frankreich keinerlei Vorteile gebracht, dafür um so größeren Nutzen dem deutschen Nationalismus, der aus der dadurch entstandenen Luft des nationalen Hasses ungeahnte Kräfte saugen konnte. Es kann nicht erwartet werden, daß bei den Neuwahlen die Extremen von Rechts und Links die Mehrheit erlangen werden, doch damit wird gerechnet werden müssen, daß sie eine Stärkung, die republikanisch-demokratischen Parteien dagegen eine Schwächung erfahren werden, denn weite Kreise der Bevölkerung neigen dazu, denen zu folgen, welche sie am raschesten in das Rauberland der Glückseligkeit zu bringen versprechen. Die entsetzlichen nationalen Leidenschaften ersticken alle nüchternen Erwägungen, töten den Sinn für die Wirklichkeit, trüben den Blick für das Mögliche und lassen die Menschen wie im tolen Rausch die Dinge nur mehr in der Verzerrung sehen. So ist die nationalistische Bewegung, obwohl auch nicht einer in ihr ist, der die Fähigkeit besäße, einen vernünftigen Gedanken zu produzieren, ein giftiges Unkraut emporgeschossen. Bei den kommenden Neuwahlen soll der Hebel angelegt werden. Nicht anders wie die Kommunisten, vertwerfer auch die Völkischen den Parlamentarismus. Er war ihnen bis'her als ein Instrument der Demokratie nur Objekt ihrer Schmähungen. Doch jetzt, da die Neuwahlen ihnen Erfolge versprechen, drängen sich die Antiparlamentarischen ins Parlament. Nachdem die Eroberung Deutschlands von München aus im Sumpfe des Hitlerprozesses geendet hat, soll der Parlamentarismus durch den Parlamentarismus umgebracht werden. Die Demokratie wollen sie durch das Mittel der Demokratie austilgen. Sie rufen nach der Diktatur, nach der Vereinnahmung der Volksrechte, dabei wollen sie sich bei dieser Aufgabe des

Der verfrachtete Zeigner-Prozeß.

Ein völkisch-monarchistischer Gerichtshof. — Der Kronzeuge (ein Zuchthäusler) läßt die Staatsanwaltschaft im Stiche.

Leipzig, 15. März. (Eigenbericht.) Heute begann im großen Schwurgerichtssaal, der von einer großen Menschenmenge umlagert ist, die Verhandlung gegen „Möbius und Genossen“. Dem Angeklagten Möbius, der bereits mit Zuchthaus und Gefängnis vorbestraft ist, wird Beschuldigung und Betrug zur Last gelegt. Dr. Zeigner, der nur mitangeklagt ist, wird von der Anklage beschuldigt, er habe sich als Justizminister und sächsischer Ministerpräsident in sechs Fällen durch Zuwendungen und Begünstigungen bei der Erledigung von Amnestiegesuchen und Begnadigungen beeinflussen lassen.

Heute wurden nur zwei von den sechs Fällen behandelt: doch zeigt es sich hierbei bereits, daß das Gebäude der Anklage, die sich hauptsächlich auf die Aussagen von Möbius stützt, nicht allzuschwer zu erschüttern ist. Es gelang Dr. Zeigner bereits bei dem zweiten Falle einwandfrei nachzuweisen, daß er mit diesem Falle überhaupt nichts zu tun hat und sein Verhalten offenbar korrekt gewesen ist. Möbius, auf dessen Aussagen sich die Anklage stützt, zieht seine Aussagen aus der Voruntersuchung vollständig zurück und erklärt sie durch Beeinflussung von außenstehender Seite.

Das „republikanische“ Gericht.

Vor dem eigentlichen Beginn der Verhandlung kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß. Der Verteidiger Dr. Zeigners, Rechtsanwalt Franz, lehnt den Vorsitzenden des Gerichtshofes, Landesgerichtsdirektor Miaslowski, sowie die Beisitzer Stoer und Raul, aus politischen Gründen als Befangene ab. Der Antrag der beiden Verteidiger wird damit begründet, daß der Vorsitzende — wie wir bereits Donnerstag feststellten — in der Leipziger Organisation der Deutschen Nationalen Volkspartei eine führende Rolle spiele und daß er außerdem persönlich mit Zeigner, als er noch Justizminister war, schwere Konflikte gehabt habe, da er sich den Verordnungen Zeigners nicht fügen wollte. Auch habe er sich in ganz auffälliger Weise um den Prozeß gekümmert. Landesgerichtsrat Stoer hätte ebenfalls mit Zeigner einen schweren Konflikt gehabt, weil Stoer die Kaiserbilder aus dem Schwurgerichtssaal nicht habe entfernen lassen wollen. Auch der zweite Beisitzer, Landesgerichtsrat Raul, hätte sich demonstrativ gegen die Republik betätigt und sei geradezu leidenschaftlich gegen den Sozialismus eingestellt.

verhassten Systems bedienen, wollen die Volksrechte zu deren Erdrosselung benötigen. Darum werden sich die Völkischen in den Wahlkampf um die Mandate des Reichstages stürzen, für den sie sonst keinen anderen Wunsch übrig haben, als ihn mit zwölf Soldaten und einem Leutnant an der Spitze auseinanderzujagen.

Auch wenn durch Wahlerfolge der Deutschen nationalen deren diktatorische Gelüste nicht auf ihre Rechnung kämen, der Demokratie würde doch die Lebensader unterbunden werden. Ein Beispiel dafür geben die Verhältnisse in Mecklenburg, wo das Bürgertum den Erfolg der Völkischen bei den Landtagswahlen mit „Heil und Sieg“ feierte. Doch bald folgte auf den Rausch der Reuejammer. Die anderen Deutschbürgerlichen wendeten sich nach der Wahl an die Deutschvölkischen, sie mögen mit ihnen gemeinsam eine Regierung bilden, da ohne sie die Schaffung einer bürgerlichen Mehrheit im Landtage nicht möglich ist. Die Deutschvölkischen und Nationalsozialisten aber lehnten ab, da sie nur nach der Regierung in a c t streben, nicht aber in eine Regierung als a l t i o n, sei es auch eine bürgerliche, treten wollen. Schließlich erklärten sie sich dazu bereit, stellen aber Bedingungen, deren Erfüllung der Errichtung der hakenkreuzerischen Diktatur gleichgekommen wäre, was den anderen bürgerlichen Parteien unannehmbar erschien. So weiß heute in Mecklenburg kein Mensch, wie eine neue Regierung zustande kommen soll. Die Völkischen denken in ihrer rein diktatorischen Ein-

Das Gericht zieht sich zu einer Beratung zurück und kommt nach vielstündigen Verhandlungen, zu denen auch andere Mitglieder des Landesgerichtes zugezogen wurden, zu einem ablehnenden Entscheid.

Der Kronzeuge gegen Zeigner verfrachtet!

In der Nachmittags-Sitzung wird in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten. Zunächst wird der Angeklagte Möbius vernommen. Er erklärt, Zeigner auf dessen Verlangen einen Sachwehrlieferer zu haben, habe aber dafür den richtigen Preis erhalten.

Zeigner sagt aus: Möbius sei freiwillig zu ihm gekommen, um zu erfahren, was für Wehl beschlagnahmt worden sei. Möbius sei öfters in die Kaserne gekommen, und da habe ihn Zeigner, der damals in der Militärschreibstube beschäftigt war, gefragt, ob er ihm nicht auch einmal Wehl verschaffen könne, doch war das Wehl schlecht, weshalb er anderes Wehl verlangte, aber wieder den gleichen Sach erhalten und bezahlt habe. Erst zu Weihnachten habe er in der Kaserne erfahren, daß von Möbius Wehl gestohlen worden sei. In einer unkonventionellen Handlung habe er dann die Alten Möbius im Ofen verbrannt, in der Absicht, nicht mit der unangenehmen Geschichte in Zusammenhang gebracht zu werden.

Dann wird der Fall Trommer besprochen. In Zeigners Abwesenheit war Möbius einmal in der Wohnung von Zeigner und hier will er in den Akten, die er durchblätterte, eine Notiz über die Umwandlung der Gefängnisstrafe Trommers in eine Geldstrafe von 18.000 Mark gefunden haben.

Möbius gibt dann weiter an, wie er an Trommer herangekommen ist. Auf einem alten Steuerzettel habe er ein Schreiben angefertigt, worin Trommer von der Umwandlung Mitteilung gemacht wird. Er (Möbius) wollte Trommer nur eine Freude machen.

Wieder hält der Vorsitzende Möbius seine frühere Aussage vor, wonach Zeigner ihm den Auftrag gegeben hätte, Trommer auszuhorchen, was eine Umwandlung seiner Strafe vor sei. Möbius erklärt, er habe damals die Unwahrheit gesagt. Auf die Frage, wie er zur Änderung seiner Aussage gekommen sei, erklärt Möbius, von keiner Seite bearbeitet worden zu sein. Nach einem weiteren Kreuzverhör mit Möbius wird die Verhandlung auf Samstag vor-mittag vertagt.

stellung nicht im Traume daran, die aus ihrem „Sieg“ sich ergebende Verantwortung zu übernehmen. Danach läßt sich vorstellen, welche verhängnisvollen Folgen für das Reich bei einer Wiederholung des Mecklenburger Wahlergebnisses bei den Reichstagswahlen im großen entständen. Schon innerpolitisch würde ein starker Erfolg der Reichsbolschewiken das deutsche Volk dem Chaos im buchstäblichen Sinne des Wortes entgegentreiben.

Vor nicht minder böse Gefahren würde sich die deutsche Politik ausenpolitisch gestellt sehen, wenn die Wahlen den Völkischen und mit ihnen den Kommunisten eine wesentliche Machtsteigerung brächten. Langsam, sehr langsam hat die übrige Welt einzusehen begonnen, daß Deutschland auf die Beine geholfen werden muß, und diese Erkenntnis wäre um so stärker, wenn sich gezeigt hätte, daß in Deutschland der gefürchtete und gehaßte Kriegsggeist verschwunden ist, und daß dort die Demokratie die Macht in Händen hält. Statt dessen war das völkische Bürgertum und die junckerlich-monarchistische Herrenklasse unablässig tätig, die Drückerei von den Vertragsverpflichtungen zu befürworten, den Revandeegeist zu schüren. Republik und Demokratie zu unterwühlen. Ungezählte Kampfverbände und Frontkämpfervereinigungen wurden gegründet, Waffenlager angeammelt und die völkische Jugend im militärischen Sinne erzogen und im Gebrauch von Waffen unterwiesen. Die Völkischen rufen, der Friedensvertrag sei unerfüllbar. Das ist gewiß wahr,

Welchen Geschäfte besorgen die Landbündler?

Nicht an ihren Worten sind die Herren Landbündler zu erkennen, sondern an ihren Taten. In ihren Reden, Zeitungen und Flugschriften spielen sie sich als die „wahren Freunde“ der Kleinlandwirte und landwirtschaftlichen Arbeiter auf, während ihre den breiten Massen meist unbekannt gebliebenen Taten das gerade Gegenteil beweisen.

Wenn ein bekanntes Sprichwort besagt, an Umgänge mit anderen erkenne man, wer der Betreffende sei, so trifft das bei den Neugrarikern buchstäblich zu. Gewisse führende Landbündler weichen mit einer nicht zu verkennenden Absicht darauf hin, daß auf dem konstituierenden Parteitag im Herbst 1919 zu Teplitz der Graf Ledebour-Wicheln von ihnen abgeholt, so förmlich hinausgeworfen worden sei. Aber das ist nur ein Lastenspielerei-Kunststück, das beweisen soll, wie weit die Landbündler davon entfernt sind, eine Politik der Großagrarien zu machen. Die Verknüpfung der landbündlerischen Politik mit jener der Großgrundbesitzer ist trotzdem weit jünger als selbst die meisten Nachläufer der Neugrarier zu ahnen vermögen. Eine organisatorische Bindung in dem Sinne, daß im Bund der Landwirte neben seinen tausenden Mitgliedern, die aus kleineren Landwirten bestehen, einige hundert deutsche Großgrundbesitzer vereinigt sind, besteht natürlich aus leicht fahlichen Gründen nicht — desto stärker ist dafür die ideale Bindung, das gemeinsame kapitalistische Prinzip: für Art und Pflanz, für den Schutz des „heiligen“ Privateigentums, für die Aufrechterhaltung der heutigen „Ordnung“.

Für diese Behauptung kann sofort leicht der schlüssige Beweis erbracht werden. Die Landbündler scheuen sich zwar, mit den heimischen Großgrundbesitzern offen eine gemeinsame Politik zu treiben, sind aber mit den reichsdeutschen Großagrariern, den „Krautwurmlern Ostelbiens“ desto inniger verbunden. Es ist ganz unverkennbar, daß die Organisations- und Agitationsmethoden der Landbündler den wirtschaftsfeindlichen Brüdern abgesehen sind, was besonders klar zu erkennen ist an der wüsten Art, wie die Sozialdemokratie von beiden Gruppen bekämpft wird. In Deutschland hat es kaum einen größeren Gegenfah gegeben als den zwischen den exzessiven, jeden sozialen Fortschritt hassenden Junkern Preußens und den Sozialdemokraten. Und just diese hochmütigen, das Volk innerlich verachtenden adeligen und nichtadeligen Agrarkapitalisten sind die dicksten Freunde „unserer“ Landbündler! Die Organisation der preussischen Junker heißt Reichs-

aber seine Revision, die nicht von der Einsicht und dem Willen des deutschen Volkes abhängt, kann nicht, wie es die Völkischen und Nationalsozialisten wollen, mit den Waffen in der Faust erzwungen werden. Diese Vorstellung gleicht bei der Wehrlosigkeit Deutschlands gegenüber der übrigen in Waffen starrenden Welt, helleim Wahnwitz. Sabotage, Gewaltandrohungen, Lüge und Schliche sind ohnmächtige Mittel, das deutsche Schicksal zu wenden. Will Deutschland Eroberungen machen, so können sie nur moralischer Art sein. Ein Deutschland, das von den Hakenkreuzern moralisch verflucht zu machen versucht wird, ein Deutschland, das nach Revandee schreit und so eine Quelle der Kriegsdrohung wird, hat keine Aussicht, das Vertrauen der Welt zu gewinnen und wird seine Feinde, mag ihr Treiben auch noch so ungerecht sein, niemals vor der Welt ins Unrecht setzen.

Die Verblendung, der Fanatismus und die Gewissenlosigkeit der Völkischen haben schon bisher über Deutschlands Volk ungeheures Unheil gebracht. Wie mühte es erst werden, wenn die letzten Hemmnisse fallen, wenn das Hakenkreuz, dieses Symbol der Gewalt und Unterdrückung, in Deutschland aufgezogen, die völkischen Staatsverderber bei den Wahlen siegreich wären! Wird das Volk die Gefahr erkennen? Viel steht auf dem Spiele! Die Wahlen werden eine Prüfung der politischen Reife des deutschen Volkes sein. Wenn es sie nicht besteht, geht es schweren Gefahren und inneren Kämpfen entgegen!

Landbund — also schon in der Namensgebung reißt die Verwandtschaft der deutschen Agrariker in der Tschechoslowakischen Republik mit denen Deutschlands deutlich in Erscheinung. Nicht minder deutlich übereinstimmend ist die geistige, bzw. prinzipielle Einstellung beider Teile der grünen Internationalen. Es war am 17. Jänner 1920, als im Zirkus Busch zu Berlin die Junker ihre Jahreshauptversammlung abhielten. Die Vorsitzenden waren dieselben wie vor dem Zusammenbruch des Reiches: Dr. Köstler, von Volkmann, von Oldenburg-Nannau, von Wangenheim. Und ihre politische Haltung dieselbe reaktionär-monarchistische wie vor dem Kriege. Sie schwoeren dem kaiserlichen Narren Wilhelm II. „unverbrüchliche Treue“, schmähten die junge deutsche Republik und verlangten, daß Czuberger, der „Verräter“ gehängt werde. (Bekanntlich ist später Czuberger meuchlings von nationalistischen Schandbuben ermordet worden.) Während man insbesondere gegen die Sozialdemokratie, der man sich als ersten Kampf mit allen Mitteln ansetzte. In dieser brutal-kapitalistischen Gesellschaft befand sich der Vertreter des heimischen Bundes der Landwirte, der Sekretär Jannausch, ehemals sozialdemokratischer Bezirkssekretär in Böhmen-Tepla, überaus wohl. In seiner Begrüßungsrede hieß er pflichtgemäß auf die Sozialdemokratie ein und versicherte, daß der Bund der Landwirte auf christlich-germanischer Grundlage stehe und nur (?) Arier in seinen Reihen habe.

Dieser Tage fand wieder eine Jahresversammlung des Reichslandbundes in Breslau statt, wiederum im Zirkus Busch. Wiederum hatte der Bund der Landwirte seine Vertreter zu den liebvertrauten Gesinnungsfreunden hingeschickt, unter ihnen war der Redakteur der Braunauer „Scholle“ namens Scholz, der einer der ärgsten agrarischen Sozialistenprezessor ist. Und wiederum wurde in Breslau die alte agrar-kapitalistische Fahne gehißt. Die Tagung war im übrigen eine große nationalistisch-monarchistische Kundgebung. So wurde am Schluß eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der Reichslandbund erwartet von einer wahrhaft deutschen Führung, daß sie sich auf die Kraft der nationalen Bewegung und die Beständigkeit des deutschen Bauerntums stützt und sich offen gegen jeden Marxismus, Internationalismus und Pazifismus stellt.“ Die Resolution schließt: „Deutsche Bauernkraft mit deutscher Jugend im Bunde werden nicht rasten, bis die alten deutschen Fahnen über einem freien vereinigten Deutschland wehen werden.“

Gegen Marxismus, roten Internationalismus und Pazifismus: ei, das ist doch auch die Parole „unserer“ Landbändler! In einer agrarischen Broschüre: „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ wird direkt gesagt: „Die Sozialdemokratie ist des Bauernvolks (soll heißen der Agrarkapitalisten d. N.) gefährlichster Feind.“ Immer wieder kehrt sich die Spitze aller agrarischen Tagungen gegen die bösen Sozialdemokraten. Als im Jahre 1921 in Graz der zweite Germanische Bauern- und Landvolkstag für Nord- und Mitteleuropa stattfand, würdigte die „Deutsche Landpost“, das Hauptorgan der Landbändler, seine Bedeutung nach erfolgtem Abschluß mit dem Hinweis auf die Bildung eines mächtigen Blocks, eines ehernen Bollwerkes gegen die rote Internationale. Noch charakteristischer war der im Jahre 1922 in Nürnberg stattgefundene dritte Germanische Bauern- und Landvolkstag. Vom Bund der

Landwirte fungierten als Clubraiser, resp. Referenten neben dem unermüdlichen Jannausch die Hg. Mayer, Heller und Dr. Panzer. Von den reichsdeutschen Agrariern spielten eine hervorragende Rolle: Reichrat Freilinger von Thungen, Dr. von Volkmann, Dr. Jost von Dewitz und Jürgen von Ramin, offenbar lauter bedauerenswerte arme Häcker. Verhandelt wurde u. a. über die einjährige Arbeitspflicht, sowie über Streikabwehr und technische Nothilfe. Ueber den letztgenannten Gegenstand referierte der sachverständige Herr Jannausch. Die vom Kongress angenommene Resolution verurteilt grundsätzlich jeden Streik, und zwar den wirtschaftlichen als auch den politischen Streik — der Arbeiterklasse natürlich. Nicht ein Hauch sozialen Empfindens durchweht die Veranlassung der Agrarier, nichts als egoistischer Besitzegoismus ist dort zu spüren, nicht die Spur eines fortwährenden dankens ist zu entdecken. Kurz, es ist unvorstellbarster Agrarismus! Braucht ein Wort darüber verloren zu werden, daß alle Beschlüsse der diversen Germanischen Bauern- und Landvolkstage sowie des Reichslandbundes gern den Beifall des Großgrundbesitzes in der Tschechoslowakei finden?

Aber auch die Taten der Landbändler selbst werden bestimmt nicht von den Großagrariern à la Lobkowitz, Liechtenstein, Colloredo-Mansfeld, Czernin, Thun-Hohenstein, Waldstein, Clam-Gallas, Kinsky, Schwarzenberg usw. verurteilt werden! Wenn die Landbändler im Abgeordnetenhaus am 10. Juni 1920 durch den Antrag 200 (Antragsteller Fehrer, Heller, Kaiser, Dr. Spina-Fischer) die Erhöhung der Uebnahmepreise des Bodens für die langjährigen Kleinpächter auf das doppelte des Friedenspreises vom Jahre 1913 beantragten, so hatten sicher die Großgrundbesitzer dagegen ebenso wenig etwas einzurufen wie gegen das Verlangen des Abg. Fierhut in seiner Rede vom 21. November 1922, der Staat solle die Uebnahmepreise für den beschlagnahmten Großgrundbesitz — erhöhen.

Vollständige Zustimmung der Großgrundbesitzer erlangen sich auch die landbändlerischen Abgeordneten Windirsch und Mayer. Ersterer bekämpfte in einer Parlamentärsrede im Frühjahr 1921 die landwirtschaftlichen Arbeiter wegen ihrer angeblichen „mutwilligen Streiks“ und letzterer setzte sich am 23. November 1922 im Ausschuss des Abgeordnetenhauses dafür ein, daß die Beschränkung nur für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Besitzer erfolge und die vorzeitige Beurlaubung von 4000 Soldaten aufgehoben werde. Und wenn der landbändlerische Abgeordnete Heller am 1. Juni 1920 im Parlament den Antrag Nr. 76 einbrachte, worin er die Wiedereinführung der Akkordarbeit in allen Betrieben und die Festlegung eines Arbeitszwanges verlangte, so wird er deswegen von den Großagrariern der ganzen Welt gelobt werden, denn er erinnert sie so angenehm an die Zeiten der Leibeigenschaft und Sklaverei.

Die „heilige“ Scheu der Großagrariere vor Aufgaben für humanitäre und soziale Zwecke haben die landbändlerischen Abgeordneten trefflich gelehrt. Am 28. Juni 1923 stimmte der landbändlerische Abgeordnete Schubert der Aufhebung des Scherers im landpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses gegen den Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, im Jänner 1924 lehnte er im selben Ausschuss die Vorlage der Regierung über

die Einführung der Alters- und Jubaliditätsversicherung entschieden ab. Wer wird darüber mehr Freude haben als die Großagrariere? Volle Zustimmung der Großgrundbesitzer fand ungewisslich auch der Landbändler Durisch mit, als er am 10. Mai 1922 auf der Kreis-Konferenz in Saaz die Forderungen vertat: Zwang zur Arbeit, Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, Aufhebung jedweder geschlechtlichen Einschränkung der Arbeitszeit auf allen Gebieten privater und staatlicher, manueller und geistiger Arbeit und für die Ablehnung jeder Verstaatlichung oder Sozialisierung des Waldes, geschlossener landwirtschaftlicher Großbetriebe, Montan- und Industrieunternehmungen, Wasserkräfte oder Elektrizitätswerke sprach. Nicht nur die besagte Kreis-Konferenz kannte diesen fernsichenden Antrag zu, sondern auch die „Deutsche Landpost“, welche in der Nummer vom 21. Mai 1922 mit Stolz sich zu den „weisen“ Lehren Durischs bekannte. Auch gegen die von Durisch erhobene Forderung „Ausbildung der Sittlichkeit auf religiöser Grundlage“ werden die Großagrariere kein einziges Sternchenwörtchen einwenden. Darin finden die Großgrundbesitzer auch kein Haar, wenn die Landbändler Steuerreformen ohne Unterscheidung der Besitzgröße begehren und ohne Einschränkung und Rücksicht auf die Kleinlandwirte, Entschädigungen bei Verhenschen, Waldschäden etc. verlangen. Und wenn sie landwirtschaftliche Krankenkassen errichten, um auf Kosten der Besitzlichen zu sparen, so haben selbstverständlich die Großgrundbesitzer absolut nichts dagegen einzuwenden, denn sie ersparen ja am meisten dabei. Die von den Landbändlern geforderte Schutzpolitik kommt ebenfalls den Großgrundbesitzern zugute. Nicht nur indirekt, auch direkt haben die Landbändler die Interessengemeinschaft mit den Großgrundbesitzern betont. Eine am 17. November 1919 in Reichenberg tagende Versammlung der Mitglieder des „Bundes der Landwirte“ aus den Bezirken Deutsch-Babel, Friedland, Krahau, Neustadt, Gablonz und Reichenberg nahm gegen den damaligen Generalsekretär der Arbeiter-Stellung, ebenso gegen ein Flugblatt des Zentralverbandes deutscher Kleinbauern und Häcker. In der angenommenen Entschließung wird der Großgrundbesitz ausdrücklich als Freund des Kleinbesitzes bezeichnet, denn derselbe habe mit dem Kleinbesitze gleiche Ziele!!

In diesem Zusammenhange soll gar nicht näher darauf eingegangen werden, wie sehr sich die Landbändler an den Interessen der landwirtschaftlichen Kleinpächter veräußert haben, wie sie sich zugunsten der Russkalkisten, der Allingeseßenen betätigen — es steht lediglich die Frage zur Lösung, welche Geschäfte die Landbändler besorgen? Die Antwort ist in den angeführten Tatsachen längst gegeben! Wenn die Landbändler mit ihrer Heinstätte unter den Kleinlandwirten Gimpelung treiben, sich als Freunde der Bodenreform ausgeben, oder wenn sie gar die Forderung haben, sich den Arbeitern anzubiedern, dann kann man ihnen mit höchstem Gewissen sagen, daß sie die Geschäfte der gesellschaftlichen und politischen Reaktion besorgen, daß sie Erzeugnisse des sozialen Fortschrittes sind. Können es die Landbändler bestreiten, daß sie mit Vertretern der Großgrundbesitzer im politischen Leben zusammenhängen, so z. B. mit den Abg. Ledebour-Wicheln in der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ und dessen Ausschüsse?? Dieselben Leute,

die in alten Oesterreich die Politik Hohenblums mitgemacht haben, bekümmern sich noch heute zu ihr, denn sie haben Hohenblum, als er anläßlich der Ausschließung in Exer 1923 sprach, zugejubelt. Darum die Masken herunter ihr Landbändler, die kapitalistische Fraße soll nach und Bloß zum Vorschein kommen!

Inland.

Der geplante Anschlag gegen die Presse.

Wenn auch die Spiritusaffäre bis zum heutigen Tage größtenteils unaufgeklärt ist, wenn man auch über die Verwendung der restlichen 27 Millionen aus dem Spiritusfond noch immer keine Ahnung hat, so ist doch der Regierung das kleine Stück Klarheit, das durch die oppositionelle Presse in die Spiritusforruption durch die Aufhebung der Anleihegeschichte des Herrn Kabelač an die tschechischen Nationalsozialisten getragen wurde, unangenehm und sie versucht, sich weitere Enthüllungen durch ein verächtliches Vorgehen gegen die oppositionelle Presse vom Leibe zu halten. Nach den unendlichen Jenkurschikanen will die Regierung daran schreiten, die in der Presse beangenehten Ehrenbeleidigungsdelikte den Geschworenengerichten zu entziehen und sie den Senaten der Bezirksgerichte zuzuweisen. Senate gab es bisher bei Bezirksgerichten nicht, sie müssen also neu geschaffen werden. An der Vorlage arbeitet das Justizministerium und die Regierung hat die Absicht, sie bereits der Diensttagung des Parlamentes vorzulegen. Wie man sieht, ist die Eile des sonst so langsam abwägenden Ministerpräsidenten Svehla bei der Schaffung des Gesetzes zum Schutze der Korruption ebenso groß, wie bei der Schaffung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Wenn sich aber schon beim Gesetz zum Schutze der Republik heftiger Widerstand selbst unter der Koalition regte, so wird die Regierung diesmal scheinbar auf eine noch größere Resistenz stoßen. Die tschechische unabhängige Revue „Prítomnost“, das Voganärbblatt „Samostanost“ und auch die Brinner nationaldemokratischen „Sibove Roviny“, die ja ein wenig außerhalb des Bereiches der Prager Koalitionsglieder geschrieben werden, haben schon in scharfer Weise gegen den geplanten Anschlag auf die Presse Stellung genommen.

Kunmehr hat auch der Verband der tschechischen Journalisten, der die Redakteure sämtlicher tschechischer Parteien und die außerhalb der Parteien stehenden in sich vereinigt, eine Kundgebung beschlossen, die an Schärfe gegenüber der Regierung nichts zu wünschen übrig läßt. Die Vertreter der tschechischen Tagespresse erklären, daß es in der letzten Zeit infolge der verschiedenen Affären zu Uebergriffen in der Presse kam. Sie anerkennen, daß die Form der Angriffe nicht immer eine akademische war, sprechen aber ihre Verwunderung darüber aus, daß man in einer Zeit, da die Leffentlichkeit nach rückwärtsloser Verfolgung der Korruption durch die Presse ruft, mit auffällender Eile mit einer Novelle zum Preigesetz kommt, welche eine Verschärfung der Strafverantwortung der Redakteure bedeutet. Dies Eile steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Gleichgültigkeit, mit welcher fünf Jahre hindurch die parlamentarischen Regierungsfreie den Ruf der Presse nach einem ordentlichen Preugesetz beantworteten. In der Absicht, die Geschworenengerichte für Presssachen aufzuheben und in der Eile, mit der die Regierung diese

Der Selbstmörder.

Von Hans Honheiser (Freiwaldau).

Das Ehepaar Freiwald bewohnte eine hübsche Dreizeimerwohnung in einem der alten Bürgerhäuser auf der „Freiheit“. Eine Reihe von Fenstern ging hinaus auf die grüne Höhe, die dem Josefsgarten ziemlich steil ansteigt und von der das Kreuzgäßlein wie ein liches Auge aus einem dunklen Gesichte herabbläht. Zwei Fenster wiesen nach Südwesten, dorthin, wo die Hiela durch ein freundliches Tal, das unzählige Gärten und Häuschen lieben, aus den Altvaterbergen herabstänzelte. Nicht so weit freilich reichte der Blick, denn gar nicht weit drängte sich einem die vorlaute Koppe des Gutberges ins Auge. Dieses unscheinbare Bergzwergelein, das nicht laut genug schreien kann: Seht, ich bin auch da!

So war die neuingerichtete Wohnung lauter Licht und Sonne, wie aufstehend auch die junge Ehe, zu der sich Herr Franz und Frau Hermine Freiwald zusammengekauert hatten.

Herr Postadjuvant Freiwald war ein schneidiger, junger Mann gegen das Ende der Zwanziger. Das blonde Haar in hübschen Locken über die nicht allzu hohe Stirn gelegt, den Schnurrbart immer unternehmungslustig aufgewirbelt, war er ein Mann, der weiß, daß es sich um seines Neukerzen willen nicht zu schämen braucht, unter die Leute zu gehen, sondern dem ein kleines Tätschchen mit der beringten Hand auf die blühende Wangen irgend eines hübschen Töchterchens nicht gar zu übel genommen wird, auch wenn er vorher seinen Ehering nicht in der Westentasche verpackt hat. Dabei war er aber durchaus kein solcher Sausewind, daß Frau Hermine hätte in Sorge sein müssen, wenn er abends sich mit der Begründung, seine Stammtischgesellschaft nicht länger warten lassen zu können, sich von ihr mit einem schallenden Schmah verabschiedete. Im Gegenteil, daß er in seinen Jahren bereits seinen behaglichen Stammtisch hatte und dabei doch nicht einmal spielte, ließ allein schon auf eine

tätige Dosis bürgerlicher Solidität schließen. Also alles in allem ein Ehemann, wie geschaffen, sich selbst und anderen nicht nutzlos das ohnehin kurze Leben zu erschweren. Frau Hermine mit ein paar neckenden Worten die Grillen aus dem kleinen Köpfchen zu scheuchen, kurzum: fast hätte ich gesagt, das Ideal eines Ehemannes, was sich jedoch nur zu neun Zehnteln behaupten läßt. Das Fehlen dieses letzten Zehntels darf nicht übersehen werden, wenn auch das junge Weibchen noch nicht bis zu dieser Weisheit leichten Schluß vorzudrängen war, nämlich, daß dem fesseln Franz ebenso wenig wie ihn das Lächeln eines Mädchenmundes außer dem ihm durch Recht und Schicksal für das Leben zugebunden ernstlich aus dem Gleichgewicht bringen konnte, er auch in seiner Ehe und durch dieselbe niemals recht eigentlich aus seinem Junggeleien-Gleichgewicht gekommen war. Er fühlte sich nach wie vor als der stolze Bursh, der nichts tat, was sich nicht schickte, aber auch nichts mied, was nicht geradezu verboten war, der nur die verfluchten Unannehmlichkeiten des Zimmerherrn-Sorgens und Kopfhängereien ledigen Eheherrn, der nun seine Hausfrau immer wohlgeordnet unter seinem Bette fand, dem überhaupt fürsorgliche Frauenhände das Dasein verschönerten. Um es geradeheraus zu sagen: ein hübsches selbstständig und ein wenig mehr noch oberflächlich, schätzte er seine Umgebung nur danach ein, wieviel, oder wie wenig sie zu der Erhöhung seines persönlichen Wohlbefindens beitrug.

Frau Hermine aber war wohl eine etwas weniger leichtlebige Natur, um vieles bodenständiger und darum auch schwerblütiger, als ihr Mann. Um einiges kleiner als er, zeigte sie schon in ihrem Äußeren die besten Ansätze, einmal zu einem Musterexemplar dessen zu werden, was das Höchste einer guten Ehefrau ist, einer guten Mutter. Sie verschönte zwar nicht die Wespentaille der modernen Damen, dafür zeigte sie runderlich-angenehme Formen und ein Gesichtchen, das an einen rotbackigen Apfel erinnerte. Wie sie so

durch die Zimmer des ersten Stockwerkes huschte, hätte man unwillkürlich nach dem hüben Dugendblonder Wüßlinge fragen mögen, die einem zur Verbollständigung des Bildes der jungen Frau unentbehrlich scheinen mußten.

Nun Frau Freiwald wühlte nicht umsonst stundenlang in ihrem Leinwandvorrat und ließ sich nicht umsonst so oft prüfend die zarten Spitzen ihres Wädschrankes durch ihre Finger gleiten. Nicht umsonst schnitt sie die schönen, großen Stücke entzwei und schneiderte kleine Bendchen daraus. Sie mußte ja wissen, warum sie das tat und es war ihrer Unmuth wohl zuzutrauen, daß nichts Unnütziges unter ihren flinken Fingern hervorging.

Ueberhaupt war sie bei allem natürlichen Frohmut und ihrer Lust, das Haus mit ihrem hellen Lachen zu erfüllen, eine mit allen guten Eigenschaften einer praktischen und vernünftigen Hausfrau reichlich bedachtes Weibchen. Sie lochte, schneiderte, wenn sie auch die Fingerübungen auf dem dunkelpolirten Piano noch immer nicht ganz in Vergessenheit kommen ließ. Sie vermochte nicht nur bei dem Greisler und bei der Waschfrau ihrem Willen mit nicht mißverständlicher Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, sondern sie hatte auch eine weiche schmiegsame Stimme, welche die modischen Operettenarien ebenso spielend bewältigte, als die schwermütigen Melodien der alten Volkslieder. Sie lochte gern und zwar so, daß es auch andere beim Anhören reizen mußte, es ihr gleich zu tun. Aber sie konnte auch manche halbe Stunde in stillen Gedanken vergräben, wenn sie auch darüber niemals die Milch überkochen ließ. In jenen bitterfühen Gedanken, in denen das zu Erwartende eine nicht geringe Rolle spielte; konnte auch in wehmütiger Erinnerung an ihre Kinderzeit eine verstoßene, lindernde Träne vergießen, in wehmütigem Gedanken jener Tage, in welchen sich Kindertorheiten und sentimentale Jung-Mädchen-Träume wunderbar durcheinandermischten.

Es war an einem Samstag Abends, als Herr Freiwald ausgeräumt aus dem Büro kam und Frau Hermine zurief:

„Hast du dein „Dirndl“ hergerichtet, Minna? Wenn nicht, mach rasch. Morgen geht ins Gebirge.“

„Wilst mich fragen, Franz? Dabei strich sie unwillkürlich mit der kleiner Hand über die weiße Schürze, welche gar nicht mehr recht langen wollte, die Zeichen der werdenden Mutterschaft zu verbergen. „Was für Fragen du immer im Kopf hast! Möchtest mich wohl auch auf den Großlockner mitschleppen?“

Ein wenig ruhiger jagte er dann:

„Na warum denn nicht?“ Und da sie ihm mit drei Fingern auf den Mund klopfte und mit dem Zeigefinger der anderen Hand auf die Stirn tippte, als ob sie ihn fragen wollte, ob da wohl noch alles seine Richtigkeit habe, da knurrte er auf einmal ganz ernstlich in sich hinein:

„Teufel — wenn man auch nicht immer daran denkt, daß man nicht mehr allein ist.“

Also das Projekt war begraben, bevor es noch ordentlich zur Welt gekommen war. Aber abends, als Hermine nach dem Nachtessen den Tisch abräumte, da nahm er sie bei der Hand und meinte noch etwas unständlich:

„Na weißt du, etwas müssen wir aber morgen doch tun. Der Willi wird dann noch herkommen, um nachzuschauen, was wir zusammen noch anfangen können.“

Sie entzog ihm langsam die Hand. Dann fragte sie etwas gedehnt, wie wenn sie ihren Ohren nicht recht traue:

„Wer?“

„Wer — ! Na der Müller Willi. Wirst doch wissen, welcher Willi zum Franz gehört.“

Sie sagte nur kurz: „Ich denke, bei dir rappelt.“

Dann ging sie hinaus, ihren kleinen Geschäften nach. Eine Weile sah er allein und lautlich an den Spitzen des Schnurrbartes. Es kam ihm diese Auseinandersetzung mit seiner Frau doch etwas ungewöhnlich vor. Als er sie wieder in der Küche herumtanzend hörte, sogte er durch die offene Tür:

Genossen, Genossinnen! bereitet die Werbewoche vor!

Abficht durchzuführen will, sieht die Journalistik nicht das Streben nach Erhöhung des Niveaus der Presse, nicht die Tendenz, die Korruption zu verfolgen, sondern das Gegenteil: die Presse zum Schweigen zu bringen. Es tritt das Bestreben hervor, die Presse von unangenehmen Kundgebungen abzusprechen. Die Journalisten verhalten sich weiter dagegen, daß von Fall zu Fall einzelne Teile des Pressgesetzes geändert werden, und berufen sich dabei auf den Paragraph 113 der Verfassungs-Urkunde, wo der Grundsatz ausgesprochen wird, daß die Presse frei ist und nur nach dem Gesetz eingeschränkt werden kann. Damit sei sicher das ganze Pressgesetz gemeint und nicht die Novellierung einiger seiner Paragraphen, die tatsächlich kein Gesetz, sondern eine Verwaltungsmaßnahme darstellen.

Es wäre mir zu wünschen, daß die Journalisten die Meinung, die sie da in der Kundgebung ihrer Gewerkschaft niedergelegt haben, auch in ihren Organen vertreten. Aber das erlaubt wohl die Koalition nicht!

Die Lehre von Karlsbad.

Wie wir bereits mitteilen, haben unsere Marienbader Parteigenossen gelegentlich der Gemeindevahlen den Antrag der Deutschbürgerlichen, mit ihnen zu koppeln, abgelehnt, was die Marienbader Deutschbürgerlichen natürlich wieder dazu benützte, um den deutschen Sozialdemokraten, schwerste Vernachlässigung der nationalen Pflichten vorzuwerfen. Dies nimmt unser Karlsbader Parteiblatt, der „Volkswille“, zum Anlaß, um an dem Beispiele Karlsbads zu zeigen, wie gefährlich und bedenklich jedes auch nur rassistische Zusammengehen der sozialistischen Arbeiterpartei mit dem Bürgertum ist. Bei den Karlsbader Gemeindevahlen haben sich, wie bekannt, unsere dortigen Genossen dazu bewegen lassen, mit den übrigen deutschen Parteien zu koppeln, damit nicht ein Vertreter der allnationalen tschechischen Koalition in den Stadtrat einziehe und die auf die Enteignung der Karlsbader städtischen Anstalten hinielenden Bestrebungen unterstütze. Nachdem aber die Wahl vollzogen war, beriefen die Deutschnationalen sofort eine Sitzung aller deutschbürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen, Christlichsozialen, Deutschdemokraten und der Gewerdepartei ein und berieten darüber, wie sie die Sozialdemokraten am besten schädigen könnten. Sofort wandten sie sich, geschlossen mit den Tschechen, gegen die Sozialdemokratie. Bald darauf wählten die Deutschbürgerlichen einen Tschechen zum stellvertretenden Vorsitzenden der für Karlsbad so wichtigen Kurkommission und bei der Bürgermeistereiwahl stimmte dafür wiederum der Tscheche für den Deutschnationalen. Diese Vorgänge in Karlsbad illustrieren trefflich die alte Tatsache, daß für die Bourgeoisie der Nationalismus nur eine Phrase ist, mit der sie ihr egoistisches Selbstinteresse zu verdecken sucht. Die Marienbader Sozialdemokraten haben darum — wie auch der „Volkswille“ richtig erkennt — vollständig recht gehabt, das Koppelungsangebot der

„Also, ewig kommt ja nicht so bleiben. Sich tagtäglich begegnen, miteinander arbeiten müssen, einmal die besten Freunde gewesen sein und sich jetzt nicht kennen sollen — na wie gesagt, ewig wärs ja doch nicht so weiter gegangen. Wird sind geschiedt gewesen und jetzt ist wieder alles beim alten. Daß er sich schließlich vor mir in dein hübsches Gesichtl vergafft hatte, soll ich ihm das noch weiter nachtragen? Er hat ja auch nichts dafür können; hast ja auch mich herumgekriegt.“

Er versuchte zu scherzen, aber sie ging gegen ihre Gelobtheit nicht darauf ein. So meinte er mir noch kurz:

„Also wir reden wieder und er kommt in einer Stunde nachtragen, was mit morgen ist.“

So jetzt wußte sie. Ganz leicht wars ihm ja nicht geworden. Aber eine rechte Dummecht das. Was sich ewig mit der abgetanen Geschichte herumgeschlagen! Kindereien — er wußte überhaupt nicht, warum man sie bisher so ernst genommen. Daß sie um Frau Herminens willen, als diese noch nicht Frau Freimaid war, auseinandergekommen waren, sollte das auch weiter die beiden trennen, jetzt wo der Gegenstand des Streites allen Wünschen und Ansprüchen von der Gegenseite für immer entrückt war und Franz sein alleiniges Recht auf Leib und Seele der schönen Hermine verbrüht und besiegelt in der Tasche trug?

Die junge Frau vernahm die Sache nun freilich nicht so leicht zu nehmen. In ihr war alles im Aufruhr und sie vermied es, aus der Küche in das Wohnzimmer zu treten, damit der Mann nicht erkennen sollte, welche Unruhe über sie gekommen war. Ach es war ja auch nur bei ihrem Manne möglich, daß er sich so gar nicht in die Gedanken der kleinen Frau versetzen konnte. Die kleine Episode, die seine Seele kaum kränzelte, in der sonst so ruhigen und vernünftigen Frau, wirkte die Erinnerung allein vergerender Wundsturm. — — —

(Fortsetzung folgt.)

„Der Hitler mit dem schlechten Gewissen“.

Und die Regiffeure des legalen Hohverrates.

München, 15. März. (Eigenbericht.) Heute wurde das Kreuzverhör Loffows fortgesetzt. Loffow, der weniger schweigsam und zurückhaltend ist als sein Mitzeuge Nahr, gab im Verlaufe der Fragen der Verteidigung zu, daß er wenige Tage vor dem Busch bei einer Besprechung, die er abgehalten habe, tatsächlich das Wort Staatsstreich gebraucht habe. Die Situation spitzte sich im Prozeß weiter außerordentlich zu; heute kam es zu einem dramatischen Zusammenstoß zwischen Hitler und Loffow, als letzterer erklärte, daß Hitler das gegebene Ehrenwort, nichts selbständig zu unternehmen, gebrochen habe. Die beiden Kampfs- und Buschgenossen gerieten schließlich so heftig aufeinander, daß plötzlich Loffow den Saal verläßt. Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen.

Am Nachmittag wurde der Polizeioberst von Zeißer erneut ins Kreuzverhör genommen; seine Vernehmung ergibt aber nichts Wesentliches. Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung, den Anträgen sowohl der Verteidigung als auch des Staatsanwaltes stattzugeben. Es werden zwölf neue Zeugen geladen, darunter, was besonders interessant ist, auch der stabscheflich verfolgte Kapitänleutnant Ehrhard. Nicht geladen werden, was im Laufe des Prozesses gefordert wurde, General von Seckl. Das Gericht beschloß ferner, General von Loffow wegen seiner eigenmächtigen Entfernung aus dem Gerichtssaal in eine Geldstrafe von zehn Mark zu nehmen und seine zwangsweise Vorführung für wegen Vermittlung anzuordnen. Angesichts der Ladung einer ganzen Reihe von neuen Zeugen muß man mit einer weiteren ziemlich beträchtlichen Ausdehnung des Prozesses rechnen; vor Mitte oder Ende nächster Woche ist die Beendigung nicht zu erwarten.

München, 14. März. Nach dem monotonen Verhör des Zeugen Nahr bringt die heutige Vernehmung des Zeugen Loffow eine überaus dramatische Note in die Verhandlung. Noch mehr als bei seinem zusammenhängenden Vortrag machte der General heute den Eindruck, als ob sein ganzes Inneres bis zum Rande gefüllt sei mit Erbitterung und Gereiztheit. Seine Antworten werden mit einer so farlastischen Schärfe gegeben, daß der Vorsitzende verschiedene Male beruhigend eingreifen hat.

Loffow gab zunächst folgende Erklärung ab: In der Öffentlichkeit war davon die Rede, daß in nichtöffentlicher Sitzung bereits der Beweis erbracht sei, daß von mir Befehle zu dem Vormarsch nach Berlin vorhanden sind, wofür einwandfreie Dokumente existieren. Für mich wäre es erheblich leichter gewesen, wenn alles in öffentlicher Sitzung hätte verhandelt werden können; es hätte dann auch unmöglich die Auffassung entstehen können, als wenn gewisse Dinge das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Ich erkläre nochmals ganz ausdrücklich, daß im Wehrkommando keine Befehle gegeben worden sind, die irgendwie im Sinne eines Vormarsches nach Berlin aufgeföhrt werden können.

Am bestigsten benutzte sich der Rechtsanwält Holl, aus dem Zeugen entlassende Momente für die Angeklagten herauszubringen. Er fragte Loffow, ob in der Sitzung vom 6. November aus dem Munde des Zeugen das Wort „Staatsstreich“ gefallen sei; Loffow antwortete: „Ja, w o h l, das Wort ist gefallen, u. zw. in der Weise, daß ich sagte: Ich mache keinen Putsch, ich mache aber jeden Schritt, auch den eines Staatsstreiches, wenn er zum Ziele führt.“ Der Rechtsanwält Holl bemüht sich auch um die weitere Definition dieses Loffowschen Staatsstreiches. Der Zeuge erklärt, an dem Druck zur Errichtung des Direktoriums hätten sich auch die Träger der militärischen Macht beteiligt, u. zw. aus folgenden Gründen: Damals gab es überall in Deutschland aus den Zuständen der Not heraus Kratwalle der Bevölkerung. Die Reichswehr mußte mit dem Gewehr zustande brechen und auf Volksgenossen schießen. Da durch diese Tätigkeit eine Verletzung in die Arme hineingetragen worden wäre, so hätten die verantwortlichen Männer der Reichswehr, das sind die Oberbefehlshaber und die Kommandeure dem Reichspräsidenten gegen-

Deutschbürgerlichen abzuschleimen. Wenn die Karlsbader Genossen im September 1923 einen Fehler gemacht haben, so hat er, wie der „Volkswille“ am Schluß seines Artikels feststellt, doch wenigstens dazu beigetragen, daß die Arbeiter um so deutlicher erkennen, welch unversöhnbarer Trennungstreich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat besteht.

Ein tschechischer Journalistenkandal?

In Prag erscheint seit einigen Wochen eine neue tschechische Revue, die „Prionost“, in der koalitionspolitiker und koalitionsjournalisten, frei von dem sonst auf ihnen lastenden Zwang der Koalition, ihre Meinung äußern.

über die Pflicht gehabt zu erklären: Diese Verantwortung können wir nicht mehr länger tragen, sorgen Sie dafür, daß jetzt Männer das Regierungsruder in die Hand nehmen, die Ordnung zu schaffen in der Lage sind. Im Sinne dieses Gedankens habe ich das Wort „Staatsstreich“ gebraucht.

Auch für das ominöse Wort des „51 Tigen Erfolges“ gab Loffow eine Erklärung, u. zw. „Ich habe nicht gesagt: ich werde marschieren oder losziehen, wenn ich 51% Chancen habe, sondern ich habe gesagt, man müsse handeln im Sinne dieses Staatsstreiches, wenn man die Vorbereitungen für das Direktorium fix und fertig in der Tasche hat; das Kind des Direktoriums müsse sozusagen bereits geboren sein, wenn man den Druck ausübt, denn sonst sei der Mißerfolg sicher. Ich wies aber darauf hin, daß die Väter dieses Direktoriums — zu denen ich nicht gehöre — in Süddeutschland sitzen und ihre Handlungen mit dem Artikel 48 und nicht gegen den Artikel 48 zu führen gedachten. Auf eine spätere Frage erklärte Loffow, daß der von Nahr erwähnte anormale Weg identisch sei mit dem von der Verteidigung geprägten sogenannten „Loffowschen Staatsstreich“.

Zum Schluß der Verhandlung kommt es zu erregten Szenen. Auf eine Frage Hitlers, ob Zeißer sich im Bürgerbräu nicht zu Unrecht über den Ueberfall beschwert habe, antwortet Loffow: Als Offizier stehe ich auf dem Standpunkt, daß Zeißer sich über den feigen, hinterlistigen Ueberfall mit Recht beschwerte. — Mit sich überschlagender Stimme schreit Hitler: „Ich betone, daß ich gegen die drei Herren nicht feindselig vorgegangen bin. Es handelte sich im Bürgerbräu nur um die Durchführung eines längst beschlossenen Planes. Wer bin ich denn im Bürgerbräu gewesen, Herr General von Loffow? Der sentimentale oder der brutale Hitler?“

Loffow sehr erregt: „Wenn Sie mich fragen, so antworte ich Ihnen: Das war der Hitler mit dem schlechten Gewissen!“

Hitler in höchster Erregung: „Wenn Sie mir das zu sagen wagen, dann behaupte ich, der einzige Mensch, der das Ehrenwort vom 1. Mai gebrochen hat, ist nicht Hitler gewesen, sondern der General von Loffow.“

Im ganzen Saale entsteht große Bewegung. General von Loffow, der sich sichtlich in großer Erregung befindet, beherrscht sich mühsam, macht dann eine kurze Bewegung u. verläßt wortlos den Gerichtssaal. Der Vorsitzende rügt in sehr scharfer Weise das Verhalten Hitlers als ein geradezu unglaubliches Benehmen. Die Aufregung unter allen im Saal anwesenden Personen ist so groß, daß der Vorsitzende sich gezwungen sieht, die Sitzung auf zwei Stunden zu unterbrechen.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung verliert der Vorsitzende zunächst, daß das Gericht den Angeklagten Hitler wegen seines Verhaltens am Vormittag in eine Freiheitsstrafe nehmen würde, wenn er nicht schon in Untersuchungshaft säße. Der Angeklagte wird zum letzten Male verwarnt, sich zu mäßigen, sonst werde das Verfahren gegen ihn von dem übrigen Prozeß abgetrennt.

Rechtsanwalt Schramm zieht nun im Namen der gesamten Verteidigung die sämtlichen bisher eingebrachten Beweisangebote zurück und übergibt dem Gericht ein neues gemeinsames Beweisangebot, das auf Grund des bisherigen Verhandlungsergebnisses in 23 Punkten den Nachweis liefern soll, daß Nahr, Loffow und Zeißer von allem Anfang an den Marsch nach Berlin planmäßig vorbereitet haben und durchzuführen gewillt waren.

Darauf begann das Verhör des dritten Hauptzeugen Oberst Zeißer, auf dessen Fortführung die Verteidigung bereits nach einer halben Stunde endgültig verzichtete. Die wenigen an den Augen Zeißer gerichteten Fragen beantwortet dieser in einer für die Angeklagten sehr ungünstigen Weise.

Durch die neue Taktik der Verteidigung wurde offenbar, daß man bereits mit dem baldigen Ende des Prozesses rechnet.

Neuerdings teilt da der Chefredakteur der „Vidove Roviny“, Heinrich, folgendes mit:

„Als das Gesetz zum Schutz der Republik, das grausam in die Pressefreiheit eingreift und einer freien Nation überhaupt unwürdig ist, vorbereitet wurde, wurden auch die Vertreter des tschechischen Journalistenstandes zu einer Beratung eingeladen. Ich weiß nicht, ob sich unter diesen Vertretern auch Dr. Svatek befand. Aber jedenfalls haben sich die anwesenden Vertreter ganz in seinem Geist benommen. Sie schwiegen zu allem, wehrten sich gegen nichts und beschränkten sich zum Schluß nur auf die Erklärung: Die tschechische Presse werde gerne die Opfer bringen, die ihr das neue Gesetz auferlegt, aber dafür mögen die Herren,

wenn die Frage der Altersversicherung der Journalisten an die Reihe käme, diese ihre Opferwilligkeit zu schätzen wissen.“

Diese Beschuldigungen sind so schwerer Art, daß man abwarten muß, was die durch einen derartigen Kuhhandel schwer kompromittiert erscheinende Organisation der tschechischen Journalisten zu ihr zu sagen hat.

Parlamentarisches.

Am gestrigen Tage hielt der Ministerrat eine Sitzung ab, auf deren Programm sich unter anderem Fragen befanden, die mit dem Arbeitsprogramm der Nationalversammlung zusammenhängen. Heute findet eine Sitzung des fünfstelligen Ausschusses der Koalitionsparteien statt.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Dienstag, den 18. März, um 1 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung befindet sich als erster Punkt der Handelsvertrag mit Norwegen, als zweiter Punkt das Gesetz zum Schutze des Lebens der Anstreicher und Ladierer, als dritter Punkt die Novelle zum Kriegswahngesetz; Punkt vier bis achtzehn wird von Humanitätsfällen ausgefüllt.

Die deutsche Völkerbundliga

legte der am 12. März stattgefundenen Hauptversammlung einen Bericht vor, aus dem zu ersuchen ist, daß der Liga alle deutschen Parteien angehören und in dem die wichtigsten Arbeiten und Arbeitsgebiete der Liga und ihres Sekretariates berührt werden. Wir erwähnen aus dem Bericht folgendes:

Der Aufforderung der Zentrale folgend, hat die Liga eine Protestkundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich geföhrt und darin der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese mit dem Reparationsproblem und mit dem Problem der interalliierten Schulden zusammenhängende Frage in friedlicher Weise durch den Völkerbund geregelt werden sollte. Dieser Protest wurde auch an die Regierung der Republik geleitet. Gleichfalls über Anregung der Union wurde der Regierung eine Eingabe überreicht, in der verlangt wird, daß die Tschechoslowakische Republik das Protokoll über den Beitritt zum Obligatorium des Ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag unterfertige.

Die Liga hat der Union eine Denkschrift betreffend die Aufhebung, bzw. Milderung des Zwanges und der mit diesem zusammenhängenden Behinderungen des Reiseverkehrs eingebracht.

Einem Hilferuf der japanischen Schwelertliga folgend, die alle der Union angeschlossenen Ligen hat, die japanischen Bibliotheken, die durch die Erdbebenkatastrophe fast völlig zerstört wurden, bei ihrem Wiederaufbau zu unterstützen, hat die Liga eine Motion eingelegt.

Telegramme.

4. Mai Wahltag in Deutschland.

Berlin, 15. März. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat in Uebereinstimmung mit der Regierung endgültig als Termin für die Neuwahlen des Reichstages den 4. Mai festgesetzt.

Der Aufmarsch der bayerischen Reaktion.

München, 14. März. (Wolff.) Anlässlich der bevorstehenden Wahlen haben sich die Bayerische Mittelpartei, die Bayerische Volkspartei, die Nationalliberale Landespartei Bayerns, eine Reihe vaterländischer Verbände, der Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller, der Bayerische Gewerbetreibenden, der Bayerische christliche Bauernverein und mehrere katholische Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen mit der Parole, den Kampf gemeinsam zu führen, für ein Programm, dessen Ziele sind: Volkstumsbewahrung, Reichsgebäude auf föderalistischer Grundlage, Rückgewinnung der bundesstaatlichen Rechte Bayerns, deutsches Volkstum auf christlicher Staatsgrundlage, Wiedergewinnung der Wehrhaftigkeit und Erhaltung des monarchischen Gedankens, gerechte Bewertung der Arbeit, Erhaltung einer bodenständigen Kultur und des Mittelstandes, Kampf gegen eine Inflation sowie gegen den Internationalismus.

Hölz — kommunistischer Listenführer.

Dresden, 14. März. Der wegen seiner Ränberereien und Norddresdenerien zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Max Hölz ist von der kommunistischen Partei im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau als Spitzenkandidat für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufgestellt worden. Hölz verbüßt zurzeit seine lebenslängliche Zuchthausstrafe im Zuchthause von Breslau. Er war bekanntlich seinerzeit nach der Tschechoslowakei geflohen und ist von dort dann aus einem Sanatorium wieder entwichen.

Die Spaltung der Stresemann-Partei.

Berlin, 14. März. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der ursprünglich erst Samstag zusammentreten sollte, tagte schon gestern und beschloß zur Gründung der National-liberalen Vereinigung, daß es in der deutschen Volkspartei keine Richtung gebe, die andere als nationale Tendenzen vertrete. Eine Sonderorganisation innerhalb der Partei sei für jede Partei unmöglich, und unerträglich. Das „Berliner Tageblatt“ folgert aus diesem Beschluß, daß die Parteiführung und Dr. Stresemann den Vorstoß der Opposition sofort gebührend beantwortet. Im übrigen rüde der Abgeordnete Beuermann schon mit der Erklärung ab, daß er erst hinterher von der ganzen Angelegenheit erfahren habe, und daselbe geschieht auch seitens anderer Teilnehmer der Gründungsversammlung.

Die Tätigkeit des Kreisauausschusses beendet.

Berlin, 14. März. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Speyer meldet, hat der Kreisauausschuss der Pfalz einstimmig beschlossen, seine Vermittlungstätigkeit zwischen der pfälzischen Bevölkerung und der pfälzischen Kreisregierung einseitig sowie der Rheinlandkommission andererseits, die er auf Grund des Speyer-Abkommens vom 16. Februar vorübergehend übernommen hatte, als beendet anzusehen und sein Mandat an die interalliierte Spezialkommission für die Pfalz zurückzugeben. Diese hat darauf erklärt, daß sie den Beschluß des Kreisauausschusses an die Rheinlandkommission weiterleiten werde.

Der Senat kritisiert Poincaré.

Frankreich soll seinen Bürgern und Nachbarn Frieden geben.

Paris, 14. März. Für die Nachmittagsitzung des Senats sind ein halbes Dutzend Redner eingeschrieben. Die Tribünen sind stark besetzt, da heute der Entscheidungskampf bei der Diskussion über die Dekrete beginnen soll. Als erster Redner sprach Doumer über die gesamten Projekte. Er beginnt seine Rede mit einer scharfen Rede gegen die Regierung. In wenigen Tagen haben wir durch Energie für unsere Währung etwa die Hälfte ihres Verlustes ausgeglichen, den sie erlitten hat, seit die jetzige Regierung die Geschäfte übernahm. Die wichtigste Ursache für die bedenkliche Lage haben wir selbst geschaffen.

Ein Senator der Rechten ruft: Im Dezember wurde in Deutschland geschrieben Frankreich würde bescheidener werden, wenn das Pfund auf 150 Franken stehe.

Doumer: Mit der Feindseligkeit Deutschlands ist immer zu rechnen. Redner ist gegen jedes Ausnahmengesetz, die Regierung müsse ihre Reformen bei sich selbst beginnen (Beifall links).

De Jouvenal, der ein guter Redner ist, spricht gleichfalls gegen das Notgesetz, aber seine Bemerkungen machen starken Eindruck, weil er über den Rahmen der Debatte Politik der nahen Zukunft andeutet. Es ist ironisch, daß wir fünf Jahre nach dem Kriege gezwungen sind, wieder einen Angriff zurückzuweisen, auf den wir nicht vorbereitet waren. Man spricht von einer Krise des Vertrauens. Diese Krise ist vorhanden, aber sie hat andere Ursachen, als die gestern erwähnten. Wir brauchen einen starken Staat, der den

Frieden seinen Bürgern und seinen Nachbarn

gibt. Herr Ministerpräsident, lassen Sie nicht den Eindruck entstehen, daß die Republik nicht an ihren Grundfesten festzuhalten weiß. Denken Sie daran, daß einmal einer Ihrer Nachfolger diesen Präzedenzfall benutzen könnte, um ganz andere Dekrete durchzubringen.

Sie müssen Ihren Horizont erweitern, Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich auf den Völkerbund einstellen, der allein uns eine beruhigende Lösung der Rheinlands- und Abrüstungsfrage, sowie auch der Reparationen zu geben vermag.

Dann sprach noch der Radikale Renaud, der Poincaré bittet, die Vertrauensfrage nicht zu stellen. Renaud weist in einer langen Rede die Ungeheuerlichkeit der Forderung nach. Er erwähnt gelegentlich, daß die Dekrete viel weiter gehen, als das deutsche Ermächtigungsgesetz. Auch er hat großen Beifall.

Poincaré erklärt, daß seine Antwort ziemlich lang sein werde, weil er auf drei Reden zu antworten hat. Er stehe sofort zur Verfügung, würde aber auch in einer Nachsitzung sprechen. Der Senat beschließt dann um neun Uhr eine Nachsitzung abzuhalten.

Um 1/10 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Poincaré ergreift gleich zu Beginn das Wort. Er erklärt, jeder Mann gibt zu, daß wir außerordentlichen Umständen gegenüberstehen. Außerordentlich ist auch die im ersten Artikel enthaltene Maßnahme, der man den Namen Dekretgesetz beigelegt hat. Ich habe wiederholt schon gezeigt, daß diese Einleihe nicht richtig ist, Poincaré bemerkt, daß in der morgigen Debatte die Verantwortlichkeit der Regierung, welche solidarisch ist, am Spiele steht. Art. 1 bedeutet keine Schmälerung der parlamentarischen Rechte, niemand sei den bestehenden politischen Regime mehr zugetan als er selbst. Wir waren nie der Ansicht, daß nützliche und ständige Reformen durch despotische oder diktatorische Maßnahmen erzielt werden könnten. Aller Fortschritt ist vergänglich, wenn er nicht durch die Millionen der Einzelwillen unterstützt wird, Des-

Die Lage der Holzindustrie.

Noch immer kritisch.

Die Lage der

Sägewerke

hat, abgesehen von einzelnen besonderen Werken, die für die unbedingenden Industrien arbeiten, sich um nichts noch gebessert. Immer noch stehen große Betriebe mit den modernsten maschinellen Einrichtungen still, obgleich man annehmen könnte, daß gerade solche Werke für den Wettbewerb am geeignetsten sind, daher mit Arbeiten versehen sein könnten. Die kleinen Sägewerke arbeiten nur gerade soviel, als am Platze benötigt wird, also Lohnschnitt verrichten. Die Ursache liegt vorwiegend darin, daß die Exportmöglichkeit noch zu gering ist, andererseits die Bautätigkeit in den deutschen Gebieten des Staates immer noch nicht in einem, die Holzindustrie belebenden Maße eingelebt hat. Schließlich gibt es bei solchen Sägen, deren Belieferung mit Rundholz bisher aus Wäldern erfolgt ist, die in staatlichen Besitz übergegangen sind, eine Zeit durchzumachen, bis auch da eine geregelte Rundholzversorgung Platz greifen wird, eine Zeit, die den arbeitslosen Sägearbeiter hart trifft.

Soweit aus den Holzhandelsberichten ersichtlich ist, besteht für die nächste Zeit eine bessere Aussicht auf größere Beschäftigung in den Sägewerken, als sie es zur gleichen Zeit des Vorjahres gewesen war. Gegenwärtig ist nur im Rundholzhandel eine rege Tätigkeit vorhanden. Letzterer wurde sogar durch Verabreichung der Frachtsätze noch begünstigt. Die Holzschläger standen, von den starken Schnee- und Frosttagen abgesehen, in regelmäßiger Beschäftigung.

In der

Holzbrochlerwarenindustrie

ist die Lage immer noch unbedrückend. Die großen Drechseleien des Böhmerwaldes des Erzgebirges und im ostböhmisches Gebiete arbeiten nur mit ganz geringer Arbeiterzahl, wobei der Verdienst zu den Anforderungen der Lebenshaltung der Arbeit weit zurückbleibt. Die Unternehmer sind bemüht, Aufträge hereinzubringen, dies geschieht aber auf Kosten der ausgemergelten Arbeiter. An die Modernisierung der Betriebe denkt kein Unternehmer ernst, mit den alten Maschinen und Einrichtungen wird weitergearbeitet.

In der

Waisendrehlerbranche

des nordböhmisches Gebietes, die seit dem Marksturze beinahe zum vollständigen Stillstand gekommen war, ist eine Besserung der Lage noch nicht eingetreten.

Auch in der

Goldbleistenerzeugung

will es nicht recht vorwärts gehen. Der in dieser Branche eingetretene Stillstand hält im allgemeinen in allen Betriebsstätten immer noch an. Es wird nur mit wenigen Arbeitskräften gearbeitet, der größte Teil der Goldbleistarbeiter ist arbeitslos oder nur bei kurzer Arbeitszeit beschäftigt.

halb verlangen wir von beiden Kammern, daß sie den Willen des Landes zum Ausdruck bringen. Ich habe stets die parlamentarischen Rechte respektiert und geachtet, selbst wenn ich Beträge in Kraft treten sah, welche nicht mein Werk waren und die ich in meinem Innern immer noch nicht billigen kann. Ich bin ebenso entschlossen, sie mit zu verteidigen, sowie ich die Revision der Verfassung, wie sie heute vom Senator de Jouvenal angedeutet wurde, bekämpfe.

Die Sozialdemokraten bei Seipel.

Wien, 14. März. Heute Mittag fand eine Besprechung des Vorstandes des sozialdemokratischen Verbandes mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister statt, die laufende aktuelle Fragen betraf, so die Verabschiebung des Budgets, der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Abgabenteilung und die Regelung des Radiowesens in Oesterreich. Die Sozialdemokraten nahmen dagegen Stellung, daß einer Privatgesellschaft unter Führung der Steirer Bank eine Art Monopolstellung auf dem Gebiete des Radioverkehrs in Oesterreich eingeräumt werde.

Minoritätendebatte im Sejm.

Die polnischen Sozialdemokraten für eine weitgehende Autonomie.

Warschau, 13. März. In der letzten Sitzung des Budgetausschusses des Sejm kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Prager bei der Diskussion über das Budget des Innenministeriums das Vorgehen der Verwaltungsbehörden, die durch ihr Verhalten den Abgrund zwischen dem polnischen Staate und den nationalen Minderheiten noch mehr vertiefen.

Die polnische Sozialdemokratie verlangt für die nationalen Minderheiten die Gewährung einer weitgehenden Autonomie. Auch Abgeordneter Kiernik (Piastpartei) fordert eine gerechte Lösung des Minoritätenproblems. Innenminister So-

In den

Tischlerereien

ist die Beschäftigung eine mittelmäßige. Nur in jenen Orten, wo einigermassen gebaut wird, ist eine regelmäßige Beschäftigung zu beobachten. Weniger günstig ist es in Kurland, wo die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu anderen Jahren eine ungewohnte Unsicherheit aufweist. Die Löhne sind in dieser Branche wohl stabilisiert geblieben, dagegen finden jüngere Tischler wenig Arbeit. Dieses Ueberangebot von Arbeitskräften nützen die Unternehmer aus, um den in Arbeit stehenden Gehilfen ihren eigenen Willen aufzuzwingen zu können. Schikanen nach aller Art sind in Betrieben, wo die Arbeiterschaft sich nicht zur Wehr setzt, wieder an der Tagesordnung; der in der Vorkriegszeit hart bekämpfte Zwang zur Akkordarbeit ist in vielen Betrieben wieder eingeführt und zeitigt auch schon seine üblen Folgen. In diesem Berufe gilt bei den Unternehmern die Ansicht, die Konkurrenz auf billige Akkordlöhne zu stützen.

In der

Bürsten- und Pinselherzeugung

wie auch in der Korbwarenbranche ist der Geschäftsgang ein geringer.

In der

Holzspielwaren- und Perleherzeugung

ist immer noch nichts von einer Besserung zu bemerken.

Auch in der

Rußlandinstrumentenerzeugung

ist der Grad der Beschäftigung nicht mehr zu erreichen, wie er die ersten Jahre nach dem Kriege zu verzeichnen gewesen ist. Es liegen zwar Anzeichen auf eine Besserung vor, doch ist auf allzu große Hoffnungen auf eine Allgemeinbesserung nicht zu bauen.

Die

Bugholzmaßbearbeiter

Rordmährens sind so leidlich beschäftigt. Die Lage dieser Industriegruppe will sich jener der Vorkriegszeit nicht mehr nähern. Eine Anzahl von Betrieben wurde aufgelassen oder ins Ausland verlegt.

Schließlich sei noch die

Steinbruchknopfbranche

erwähnt, die mit der Entwertung des deutschen Geldes einen starken Rückgang in der Erzeugung erlitten hat. Die Folgen für die Knopfarbeiter, die durch viele Monate verkürzt und da nur bei geringer Zahl beschäftigt wurden, waren schwer. Seit Neujahr weigert sich die Regierung, die von den Unternehmern für Kurzarbeiter ausgesetzte Unterstützung im erforderlichen Ausmaße zu refundieren und es kann heute, nachdem schon beinahe 10 Wochen verstrichen sind, noch nicht vorausgesehen werden, ob die hierfür eingeleitete Aktion von Erfolg begleitet sein wird. In der allerletzten Zeit macht sich ein erfreulicherweise auch in dieser Branche eine kleine Besserung bemerkbar und es wäre nur zu wünschen, daß auch hier eine Wiederbelebung des Geschäftsganges bald eintritt.

dan erklärt, daß die Regierung das Problem der nationalen Minoritäten streng loyal und objektiv behandeln werde, jedoch, fest entschlossen sei, jedweder antistaatlichen Aktion aufs schärfste entgegenzutreten.

Lohnkonflikt im englischen Bergbau.

London, 14. März. (Reuter.) Die Bergarbeiterkonferenz erklärte die Vorschläge der Arbeitgeber infolge ihrer Unzulänglichkeit für unannehmbar und richtete an die Regierung das Ersuchen, ein Mindestlohngesetz im Parlament einzubringen. Die Delegiertenkonferenz tritt am 26. März zur erneuerten Beratung zusammen.

Der ungarische Auslandskredit.

Die Kleine Entente unterzeichnet die Protokolle.

Genf, 14. März. (Schweiz. Tel.-Ag.) Die Vertreter der Kleinen Entente, Dr. Beneš für die Tschechoslowakei, Bitulescu für Rumänien und Jovanovic für Jugoslawien, haben heute im Völkerbundspalais die Protokolle über die finanzielle Sanierung Ungarns unterzeichnet, die vor einiger Zeit in London von den Vertretern der Großmächte signiert worden sind.

Devilenturje.

Die tschechische Krone notiert in:

100 New York 100 \$...	Dollar 2.88.75
100 Paris 100	...	Schweiz. Franc 16.77.50
100 Berlin 1	...	Mark 123.500.000.000.00
100 Wien 1	...	östr. Kronen 2.05.0.14

Prager Kurze am 14. März.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1512.00	1318.00
1 Billion Mark	8.00.00	8.20.00
100 belg. Franks	132.25.00	133.75.00
100 jähweiz. Frant.	011.50.00	014.50.00
1 Pfund Sterling	150.55.00	151.93.00
100 Lire	152.50.00	154.00.00
1 Dollar	35.10.01	35.40.00
100 franz. Franks	161.75.00	163.25.00
100 Dinar	48.62.50	44.12.50
10.000 magyar. Kronen	5.87.50	5.87.50
1.000.000 poln. Mark.	8.87.50	4.17.50
10.000 östr. Kronen	4.98.00	5.18.00

Tages-Neuigkeiten.

Brief eines Mährisch-Trübners aus dem Himmel.

Zurückgekommen ist noch keiner aus dem Himmel. Aber der briefliche Verkehr zwischen Diesseits und Jenseits funktioniert ganz ausgezeichnet. Natürlich kann und darf nicht jeder die himmlischen Korrespondenzkarten benutzen, der mit ordnungsgemäßer Paß und Visum drüber gelangt ist, sondern dazu bedarf es einer besonderen Loyalitätserklärung gegenüber der zuständigen Behörde, vertreten durch einen Gesalbten des Herrn. Der betreffende Paß besorgt dann auch die Zustellung der Post. Da segnete zum Beispiel vor kurzem in Mähren ein gehorames Schaf der Kirche das Zeilische. Er war einer von den ganz Frommen gewesen, dem es darum auch heute, da er Engel geworden ist — ohne Flügel hieß er Franz Pecha — vergönnt ist, mit seiner irdischen Nachwelt in Verbindung zu bleiben, ohne auch nur den Radiographen benutzen zu müssen. Er schreibt Ansichtskarten, die er sich vom lieben Gott unterschreiben läßt, an seine Hinterbliebenen und der Herr Kaplan Wenzel Morawek, verantwortlicher Redakteur der Mähr.-Trübner Parnachrichten sorgt für die Zustellung durch Abdruck der Postkartengrüße in seinem Blatt. So veröffentlichte der geweihte Redakteur in seinen Parnachrichten, Nummer 5, vom 5. März 1924 folgendes Schreiben des ehemaligen Schmittwarenhändlers und jetzigen Himmelsbürgers Franz Pecha aus dem Jenseits:

Ein Gruß vom Grabe.

Sei nochmals gedankt für Deine Liebe! Nun bin ich hier bei meinen Eltern: Am 21. März 1867 bin ich ihnen zur Welt gekommen. Viele Schmerzen hat meine Mutter für mich ertragen. Mit des Vaters Hände Arbeit hat man mich groß gezogen. Auch meine erste Gattin habe ich bereits gesehen. Nach 20jährigem Zusammenleben ist sie mir hieher vorausgegangen. Schon sechs Jahre ist sie hier gewesen. Nun beten wir alle für Dich, Du meine zweite Gattin. Am 6. Mai 1918 habe ich mit Dir meinen zweiten Bund geschlossen. Treu hast Du den Schwur gehalten, bei meiner Seite zu verbleiben bis zum Tode. Seitdem wir miteinander das Schmittwarengeschäft am Platze im Jahre 1919 eröffnet haben, brauchte ich nicht mehr mit den Wirtenmagen das tägliche Brot verdienen. Auf Dich konnte ich mich verlassen, wenn ich in Brünn die Einkäufe besorgte. Schon seit 1914 habe ich meine Magenkrankheit gespürt. Doch erst Ende 1923 wurde ich ans Krankenlager geworfen. Du hast mich bemogen, daß ich nach Brünn am 13. Dezember gefahren bin. Mit dem Troste des Arztes, daß ich nur an Magen-geschwüren leide, fuhr ich nachhause. Als meine Armseligkeit zunahm, hast Du mir Gebuld und Ruhe eingefloßt. Am 6. Jänner hast Du den Briefsteller zu mir gerufen. Frei von Sünden, gestärkt von der Gegenwart Jesu in meiner Seele, gefaselt mit dem heiligen Christum, konnte ich Samstag früh um die siebente Stunde meine Seele aushauchen. Ich danke Dir, gute Gattin Marie, für alle Deine Liebe und Treue. Sei meiner auch fernerhin eingedenk in Deinen Gebeten. Es betet auch für Dich in der Ewigkeit Dein Gatte.

Franz Pecha.

Wie man sieht, hat Herr Pecha drüber noch keine Gelegenheit gefunden, Rechtschreibung und Satzbau der deutschen Sprache zu erlernen — er hat eben zu viel mit dem Beten zu tun.

Man kann nicht gut annehmen, daß viele von denen, die diesen „Gruß vom Grabe“ in den „Parnachrichten“ lasen, so dumm sind, wie der Kaplan und verantwortliche Redakteur Morawek glaubt. Der verschlagene Kuttenträger will jedenfalls die Massenflucht aus der katholischen Kirche aufhalten, indem er von neuen Wundern berichtet, die Gott der Herr natürlich nur an jenen geschehen läßt, die der Kirche restlos ergeben sind. Daß der verewigte Pecha eben diesen Brief geschrieben hat, ist ganz gut möglich. Und als er drüber war, nahm das findige Pfäfflein den Brief zu sich und rüde ihn dergestalt in keinem Pfarrblattchen ein, daß wenigstens die Allerbummsten glauben sollten, es handle sich um eine rekommandierte Sendung aus dem „unbekannten Land“. Diese Dreißigkeit des „verantwortlichen“ Priesters, zu pfäfflichen Verdummungsmethoden des Mittelalters zurückzukehren, ist mit Rücksicht auf das Kalenderjahr 1924 ein nettes Dokument, über das man sich innerhalb und außerhalb Mähr.-Trübners sicherlich noch lange unterhalten wird.

Das Schußgesetz gegen Arbeitslose. Vor dem Brünner Strafgericht fand dieser Tage ein interessanter Prozeß statt. Angeklagt war der Arbeitslose Bloch, der in einer Arbeitslosenversammlung im Mai 1923 erklärt hatte, der Besuch des Generals Hoch sei eine Gefahr für die Republik. Weiter soll er die Arbeitslosen aufgefordert haben, im Fall einer Mobilisierung die Waffen gegen ihre Brüder und gegen die Feinde der Republik zu führen. Ferner wird ihm zur Last gelegt, in seinem Referat über die Vorschläge der Brünner Arbeitslosen beim Minister Sabran gesagt zu haben, daß in unserer Republik noch aus der Zeit Maria Theresias stammende Gesetze gelten, und daß der Staat drei Milliarden fürs Militär ausgeben könne, nicht aber für die Arbeitslosen. Ob zwar Blochs Verteidiger, Dr. Eber, den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen seines Klienten erbracht, wurde Bloch nach einer mit Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführten Verhandlung im Sinne des Schußgesetzes zu zwei Monaten schweren Gefängnis, unbedingt, verurteilt.

Wahr!

Steht auf, steht auf, ihr Schwestern! — Ohne Ende
Sei unser Nuzen noch allen, die taub und blind.
Wir wollen vereinen uns're Hände,
Die schwersten Gefahren gewaschen sind.
D. Gibale.

Kampfwoche.

Der Drache Gleichgültigkeit ist wieder im
Lande. Die Herzen der vielen, die unter des
Schicksals Schlägen müde geworden, hat er
angefressen. Nun sind sie stumpf und willen-
los, hoffnungslos und verzagt, — schwer
liegen des Drachen krallige Tatzen auf ihnen.

Manche suchen ihre Nerven einzuschläfern.
Ganz in Schummer versinken! Nichts mehr
wissen von dieser entsetzlichen Welt! Sie ge-
nießen durstig das Opium Religion. Wenn
auch tägliche Qual der Arbeit, des Hungers,
der Entbehrungen aller Art sie täglich an die
Wirklichkeiten ihres Lebens gemahnen, —
wenn ihre Hände müde werden, sammelt sich
ihr Geist nicht zum Denken, sondern zum
Träumen. Sie träumen von einer schöneren,
harmonischeren Welt, — von einer Welt jen-
seits der unseren, die erst Wirklichkeit werden
soll nach dem Tode.

Ihr Elend aber wächst, die Wangen ihrer
Kinder werden bleicher, dürstiger ihr erbärm-
liches Leben. Denn dieweil sie beten und träu-
men, verlieren ihre Feiniger nicht einen
Augenblick lang den Sinn für die Wirklichkeit,
denn ihnen vermochte der Drache nie etwas
anzutun. Wie sollten sie gleichgültig werden
gegenüber einer Welt, die ihnen schon erscheint,
wie sollten sie träumen, da ihnen die Wirklich-
keit so wohl gefällt?

Die Armen und Elenden stumpf und
gleichgültig, — wirklichkeitsbewußt und wirk-
lichkeitsfroh ihre Beherrscher!

Weiter kriecht sich der Drache ins Volk
hinein, sich nähend von den Seelen und Her-
zen der Armen, der Arbeitenden.

Soll er keinen Widerstand finden? Gibt
es keine Drachentöter mehr?

Nie ist der Widerstand ganz erlahmt. Viele
tausend Herzen hat er nie bezwungen, die star-
ken, die kühnen, die abwehrwilligen. Nun aber
soll uns die Abwehr nicht mehr genügen, nun
wollen wir zum Angriff übergehen.

Nun wollen wir Herz um Herz und Seele
um Seele ihm streitig machen. Nun wollen
wir werben um die Gehirne, die er schon für
immer als Beute zu haben wähnt.

In der Woche vom 23. zum 30. März
ist allgemeiner Angriff gegen die Gleichgültig-
keit. In allen Orten, wo es Arbeitsmenschen
gibt, werden unsere Genossen und Genossinnen
von Haus zu Haus, von Stube zu Stube
gehen, um die Gleichgültigen wieder aufzu-
richten, sie aus Veten und Träumern wieder
zu Kämpfern zu machen.

Auch die Genossinnen werden an diesem
Angriffe teilnehmen! Sind es doch gerade die
Frauen, die zuerst Opfer der Verzweiflung
und dann der Gleichgültigkeit wurden. Und
leidet doch niemand mehr unter den lähmenden
Wirkungen der Gleichgültigkeit als die Frauen!
Ihre eigene Not, ihre eigene Ausbrütung

Wanderung.

Sie gingen Seite an Seite weiter, immer
weiter. Wortlos. Und es bedurfte nicht der Worte.
Eines dachte an das andere. Nicht in sentimentalem
Ueberschwang, sondern in innigem Ver-
ständnis. Die Verkörperung des schönsten, höchsten
Menschentums sah eines im anderen. In ewigem
Zweifel, unbewußtem Suchen und Ringen fan-
den sich ihre Seelen, ihrer beider von Sorgen von
Weid heimgefuhrte Seelen.

Sie wanderten immerzu. Durch den herb
duftenden Wald der Tannen, die ihre Zweige vor
den einsamen Wanderern beugten, über frische
Wiesen, vorbei an grünen Bächen. Nie zuvor hat-
ten die Blumen so berauschende Düfte ausge-
atmet; es war, als freuten sie sich an dem wort-
losen Glück der Beiden. So scheinbar harmlos
wie die Natur selbst, schienen die beiden Wan-
derer zu sein. Nichts, was sie voneinander
trennte, trat zwischen sie . . .

Ein leises Riefeln ließ die beiden Wanderer
aufhorchen und hemmte ihren Schritt. Sie traten
in eine Lichtung. Gleich einem blanken, glitzernden,
schmalen Bache lag ein Bächlein da, lockte
mit sanftem, silberigem Stimmchen. Entlang dem
Bächlein ging es nun weiter, immer weiter. Sie
trugen noch nach dem Ausdruck der dunkel stulen-
den Gefühle in ihnen.

wächst, ihre Kinder stürzen in Hunger und
Frankheit und Siedtum. Freudeleer, sonnen-
los wird ihrer Kinder Leben.

Wohlan, wir wollen ihnen das Sonnen-
land zeigen! Es liegt nicht jenseits dieses
Lebens, es leuchtet nicht in ungeahnten Wei-
ten, — es ist hier, ist in unserem Leben,
wenn wir nur wollen, wenn wir den Drachen
verjagen, der unseren Blicken den Weg zur
Sonne versperrt!

Ja, die Frauen werden den Kampf auf-
nehmen! Jene Frauen, die nie verzagt und
mutlos wurden, die immer Kämpferinnen blie-

ben. Sie werden in die armen Stuben ihrer
Schwestern treten, werden Worte des Trostes
und der Ermunterung in ihre Seelen gießen,
Hoffnung in ihren Herzen wieder beleben, aus
den Duldbenden und Entschlagenden Empörerin-
nen und Kämpferinnen machen!

Unsere Genossinnen werden werben, —
mit all' dem Eifer, der Fähigkeit, der Arbeits-
freude, die aus der Liebe zum Sozialismus,
aus der Begeisterung für ihn entspringen.

Die Woche vom 23. bis 30. März wird
eine Kampfwoche unserer Genossinnen sein
— und eine Woche des Sieges.

Schwestern.

Schwestern, ihr müht eine große Sehnsucht
haben,
Die euch zum Schan'n in die weit-weite Ferne
zwingt,
Die euch im Herzen, als im Schutt des Glends be-
graben,
Die Hymne von einem Dasein im Lichte singt.
Schwestern, im dunklen Hause des Broterstrebens,
Darin Maschinengekreisch jeden Ruf übergest,
Ihr eure Sehnsucht allein, die durch die Tore des
Lebens
Wandert, um zu genießen die Güter der Welt.

Diese Sehnsucht wird einst aus den Häusern der
Not und der Plage
Getragen werden von Tausenden über das Land,
Und sie wird zünden die Sonne der kommenden
Tage,
Die mit Strahlen krönt jede schaffende Hand.
Schwestern, schürt fleißig das Feuer der Sehnsucht
tief innen
In euch, daß es gewaltig ausloht
Und sich verwandelt in ein lächles Beginnen,
Das mit Freud' euch segnet jedes Stück erworbe-
nes Brot.
Alfons P e h o l d.

Die Frau in der Politik.

Eine Arbeiterin schreibt uns:

Seit der Revolution im Jahre 1789 ist
schon vieles anders geworden. Auch die Frauen
haben einsehen gelernt, daß nur die geschlossene
Masse der Arbeiterchaft etwas erreichen kann.
Längst ist der Mann nicht der alleinige Ernährer
der Familie. Scharenweise zwingt die Not, die
Frauen zur Lohnarbeit. Ich wähle keinen Beruf,
in dem die Frauen nicht schaffen.

Die Frauen der arbeitenden Klasse sind von
frühester Jugend an ihre eigenen Ernährer. Sie
arbeiten als Mädchen und arbeiten als Gattin.
Wenn eine das Unglück hat, Witwe zu werden,
so hat sie nicht nur für sich selbst, sondern auch
für die des Vaters verwaisten Kinder zu sorgen.
Die Proletarierin weiß, daß Mißleid und Mensch-
lichkeit bei den Unternehmern vergebens gefuch'te
Eigenschaften sind.

Lange dauert es, bis die Arbeiterinnen be-
greifen, warum sie arm sind. Von Kindheit an
hat man sie gelehrt, daß nicht alle Menschen
gleich sein können, daß es immer Reiche und
Arme gegeben hat und geben wird. Hunderte
Frauen und Mädchen werden zur Prostitution
getrieben, weil sie nirgends Arbeit finden können
und doch sich und ihre Kinder vor dem Ver-
hungern schützen wollen. Ueberall ist „Ueberpro-
duktion“ und doch laufen viele Arbeiter barfuß
und in Lumpen gehüllt herum. Die Bauarbeiter
und ihre Hilfsarbeiterinnen bauen schöne hohe
Häuser, sie selbst aber wohnen in dumpfen Keller-
löchern. Die unschuldigen Kinder müssen leiden
unter dem Elend der Eltern. Auf der einen Seite
die furchtbare Not, und auf der anderen un-
heftiger Reichtum und Luxus. Und dies alles
ist die herrliche, „gottgewollte“ Gesellschaftsord-
nung, die so beredt auf allen Kanzeln verkün-
det wird.

Nur wenige Frauen erwachen bis jetzt
— gemessen an der großen Zahl der Un-er-

drückten — aus ihrem dumpfen Schlaf. Unter
dem Banner der Sozialdemokratie sammeln
sich die nach Freiheit Strebenden. Die Sozial-
demokratie, die Partei aller Unterdrückten ist
es, welche auch das weibliche Geschlecht aus
der Stellung der Demut und Anechtung be-
freien will. Sie führt den Kampf um Frei-
heit und Friede ohne den unsere Arbeit
immer wieder gestört wird, wir wollen dem
beutegierigen Imperialismus die Brandfadel des
ewigen Völkerrasses entzünden.

Schneidet uns Müttern nicht die Not un-
serer Kinder besonders tief ins Herz? Unfassbar
ist der Schmerz der Mütter, die ihr Glück drau-
ßen in fremder Erde begraben wissen. Manche Frau
ist unter der Last zusammengebrochen, viel Ehe-
und Familienglück wurde begraben. Die Mütter
können keinen Krieg mehr wollen, die ihr Heilig-
stes, ihr Frumentum, mit Füßen getreten haben.
Die Frauen der arbeitenden Klassen müssen selbst
Trägerinnen ihrer Zukunft werden und in den
gewerkschaftlichen und politischen Organisationen
für die Eroberung ihrer Rechte kämpfen, keine
Proletarierin sei mehr zaghaft! Vorwärts
für Freiheit und Glück!

Frieda B a h r.

Frei . . . !

Wär' ich frei, wie ihr, ihr lieben kleinen
Vögelin! — denkt der Arbeiter, der früh an
sein Tagewerk geht, das ihn die schönsten Stun-
den des Tages festhält, ihn einsperrt in das
Joch der Arbeit, — der frohn für andere.

Wär' ich frei, frei, ringt es sich aus der
Brust des Bergmannes, dessen Los der schwer-
sten eines ist, denn er muß den Tag, den lachen-
den, sonnigen Sommer, wie den weißen,
leuchtenden Wintertag dort verbringen, wo er
von all der Pracht keinen Schimmer sieht. In
verhafteter Anechtung.

Wär' ich frei! Klingt's aus dem Herzen,
Schluchzt es aus der Seele des Fabrikmädchens,
der Arbeiterin, des Dienstmädchens, der Büro-
menschen, die die lockende Schönheit der Erde
zwar sehen, sich ihrer jedoch nicht erfreuen könn-
en, deren freier Wille, deren drängendes Lebens-
gebot unterdrückt wird, deren Seelen in verhaf-
tem Zwange tausendfach gestört werden.

Wär' ich frei! Der Verzweiflungsschrei ringt
sich aus der Arbeitsmenschen Brust in ohnmäch-
tiger Sehnsucht!

Alle, alle tragen sie dasselbe Los, alle ge-
horchen sie demselben harten Zwange.

Ach, nicht die Arbeit an sich ist der Zwang,
wohl aber die absolute Herrschaft der Wenigen,
deren Launen, deren Willkür die Vielen ausge-
liefert sind. Der Zwang, der den Hunderten, Tau-
senden und Millionen Menschen von einzelnen
auferlegt wird, von jenen die nicht nur selbst
frei sind als Menschen, sondern auch die die
Reihen des Zwanges an die Tausenden und
Millionen anlegen im Uebermut des Besitzes
der Macht, und die sie, die Vielen, zu Maschinen,
zu Menschen ohne Seele machen wollen.

Es gibt Vögel, liebe, kleine Vögel, die nicht
frei sind. Sie sind in einem schönen Käfig, haben
ein buntschillerndes Gefieder, sind der Kälte, dem
Hunger entrissen, aber — sie sind nicht frei. Sie
müssen sich der Macht der Stärkeren fügen. Sie
werden gefüttert, lieblos. Dafür erfreuen sie

durch ihr schönes Gefieder, durch ihren süßen Ge-
sang, — den Gesang der Gefangenen.

Es gibt Mädchen mit schönen gesunden
Gliedern, die sich verkaufen. Nicht ganz aus
freiem Willen, nein. Mit- oder hauptbestimmend
für ihr Handeln ist entweder die Not, die Furcht
vor der grinsenden Armut, die Furcht vor dem
grauen, stumpfen Alltag. Sie wollen doch leben,
leben. Und Menschen sein. Und wenn sie dem
Drängen des sich übermächtig regenden Lebens-
willens nachgeben, weil sie ihrem brennenden
Durst nach Schönheit, nach Freude, nach Glück
nicht unterdrücken können, so stürzen sie sich aus
dem Zwange der Not, dem sie entrinnen wollen,
in neue Banden der Anechtung, in den Zwang
der völligen Abhängigkeit.

Sich verhaftem Zwange, nicht freiwilliger
Pflicht fügen müssen, das erpreßt den Verzweif-
lungsschrei nach Freiheit!

Aber Ketten klirren, Ketten der Abhängig-
keit, der Not. Not bindet.

Sie klirren, die Ketten, lauter und drohen-
der als je. Sie klirren, bis sie einmal mit schauer-
lichem Klange brechen werden. Einst wird sie
kommen die Zeit, da die ehemals Kettenraffelnden
stolz erhobenen Hauptes an die Arbeit schreiten,
an die Arbeit für sich, für ihre Gleichen. Und
dann wird auch für sie da sein die Schönheit der
Welt. Ein freies Menschentum, das die Arbeit
adebt und nicht entwürdigt.

Dann werden sie nicht mehr die kleinen,
hungernden, frierenden Vögelin beneiden, sondern
sich ihrer erbarmen. F. G a l d e.

Was habt ihr aus der Frau gemacht?

Was habt ihr aus der Frau gemacht? Um
euch zu behaupten auf einem durch das Recht
des Stärkeren eroberten Standpunkt, macht ihr
täglich eure Frauen zu Haushaltsverfügungen
oder Schlimmeren. Ich erkenne, daß ihr eure
Frauen noch schlechter behandelt als eure Bibel
vorschreibt. Das sagt ja da, daß die
Frauen unterwürdig sein müssen. Bis wie weit?
Wo ist die Grenze? Das steht nicht da, es wird
nicht gesprochen von Grenze. Der Apostel über-
läßt das der Discretion der Herren. Geh
ihnen nach in ihrer Discretion, in ihrem nich-
tigen Streben, in ihrer Beschränkung, in ihrer
Unkunde, ihrer Feigheit. . . . und frage dich
dann, ob es gebührend und gerecht ist, daß die
andere Hälfte der Menschheit so mir nichts, dir
nichts dieser Hälfte untertan sein muß.

Aber wer soll dann herrschen? Die Ant-
wort ist sehr einfach: es wird nicht geherrsch't.
Gut! Aber wem kommt der meiste Einfluß zu?
Nun . . . dem, der ihn verdient.

Nochmal's gut, aber . . . wer verdient ihn?
Wer am meisten erachtet ist als Mensch. Das
Geschlecht hat damit ebensowenig zu tun, wie
die Farbe des Haars. M u l t a t u l i.

Falsche Strafe und falsches Lob.

Wenn sich ein Kind mit Geld vergeht oder
gar etwas irgendwo wegnimmt, so befällt die
Eltern und Lehrer eine ganz sonderbare Furcht
vor einer verbrecherischen Zukunft, als ob sie
selbst wüßten, wie schwierig es sei, kein Dieb oder
Betrüger zu werden! Was unter hundert Fällen
in neunundneunzig uns die momentan unerklär-
lichen Einfälle und Gelüste des träumerisch wach-
senden Kindes sind, das wird zum Gegenstand
eines furchtbaren Strafgerichtes gemacht und von
nichts als Galgen und Zuchthaus gesprochen. Als
ob alle diese lieben Pfänzchen bei erwachender
Verunft nicht von selbst durch die Eitelkeit da-
vor geschützt würden, Diebe und Schelme sein
zu wollen. Dagegen wie milde und freundschaft-
lich werden da tausend kleinere Tugenden und Zeichen
des Reides, der Mißgunst, der Eitelkeit, der Un-
mähigung, der moralischen Selbstsucht und Selbst-
gefälligkeit behandelt und gehätschelt! Wie schwer
merken die waderen Erziehungskräfte ein früh
verlogenes und verblühtes inneres Wesen an
einem Kinde, während sie mit höllischem Zeter
über ein anderes herfahren, das aus Uebermut
oder Verlogenheit ganz nach eine vereinzelte
derbe Lüge gesagt hat. Denn hier haben sie eine
greifliche bequeme Sandbahn, um ihr donnerndes
Du sollst nicht lügen! dem kleinen erkrankten Er-
findungsgeiste in die Ohren zu schreien.
Gottfried K e i l e r.

Wir haben eine schwere Aufgabe vor uns
und werden alles tun, was wir können, um die
Arbeiterpartei zu einer größeren
Macht zu machen als je. Nicht nur in diesem
Lande, sondern auch in ganz Europa haben wir
ein großes Durcheinander geerbt, und
unsere Pflicht ist es, dieses Durcheinander in
Uebereinstimmung mit den Arbei-
tergrundsätzen aufzuräumen. Ich hoffe,
man werde uns etwas Zeit geben. Rom wurde
nicht an einem Tage erbaut und Europa wird
nicht in einem Tage in Ordnung gebracht werden.
Ramsay Macdonald.

Bersammlungsrede in Carlisle.

Ein Skandal im Reichstheater. Die für den 13. d. M. geplante Uraufführung von Dr. Robert Schen's Lustspiel „Der Kal“ wurde durch den „Deutschen Verein“ vereitelt. Ursache dieses Skandals war ein in der Sonntagsnummer des „Prager Tagblatt“ erschienener Artikel „Deutsche Heidenjagd“, in dem Dr. Schen das Nibelungenlied in angeblich herabsetzender Weise glosierte. Mitglieder des Vereines hatten die Gasse der Theaterstraße angekauft und besetzt und erhoben, nachdem der Vorhang in die Höhe gegangen war, einen ehrenbetäubenden Lärm. Die Polizei sah sich gezwungen, das Schauspielhaus und die Galerie zu räumen. Oberregisseur Friedberg, der sprechen wollte, wurde überschrien. Endlich sprach Direktor Dr. Sommer beruhigend auf die Zuschauer ein und erklärte, er habe das Wort vor fünf Wochen angekauft und mühte im Falle der Verhinderung seiner Aufführung eine hohe Geldstrafe zahlen. Doch alles war umsonst. Das Fallen des eisernen Vorhanges und eine Erklärung der Theaterdirektion machten schließlich dem Theaterstand ein Ende. Wie uns mitgeteilt wird, tragen die Demonstrationen vorwiegend antisemitischen Charakter.

Neues Geld: 50-Kronen-Noten und Zweihellermünzen. In den nächsten Tagen wird eine Regierungsverordnung erscheinen, auf Grund welcher das Finanzministerium zur Ausgabe der neuen Zweihellermünzen bevollmächtigt wird. Das Höchstmaß der ausgegebenen Münzen beträgt zwei Millionen Kronen. Fertigestellt waren bis zum 1. März 15.000.140 Stück. Nach dem vorläufigen Programm werden 25 Millionen Stück geprägt werden. Nach Ausgabe dieser Münzen wird an die Einschlagung der alten österreichischen Münzen (ein, zwei und zehn Heller) geschritten werden. Die Münzen bestehen aus reinem Zink und haben einen Durchmesser von 17 Millimeter. In nächster Zeit werden außerdem neue 50-K-Noten in Umlauf gesetzt werden. Sie werden einen tschechischen Text, dafür ein slowakisches Landschaftsbild, das Trentschiner Schloss, tragen. An dem Entwurf zu neuen Zwanzigkronennoten arbeitet Prof. Vanda. Diese Banknoten werden slowakischen Text und ein tschechisches Landschaftsbild tragen.

Verwahrloste Jugend. Dieser Tage hatte sich vor dem Toppauer Gerichte ein junger Mann wegen eines Diebstahls zu verantworten und wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt. Im Jahre 1922 hatte sich der Angeklagte schon einmal wegen einer Geschwindschwindigkeit zu verantworten. Damals überfiel er mit einem Kameraden ein Mädchen aus Seibendorf bei Bennisch. Während der eine das Mädchen festhielt, zog ihm der andere die Unterleider vom Leibe und schlug es mit Disteln. Dann wurde das arme Mädchen noch mit dem Kopf nach unten in die Höhe gehoben und im Kreise herumgeschleudert. Für diese Tat erhielt der Angeklagte damals einen Monat bedingt. Da er nun die Bewährungsfrist nicht einhielt, wird das Gericht noch über die Aufhebung des bedingten Urteils zu entscheiden haben.

Der tschechische Tenor Burian an Blutvergiftung erkrankt. Der bekannte tschechische Tenor Karl Burian, der gegenwärtig in der Slowakei eine Tournee absolviert, erkrankte an einer schweren Blutvergiftung und mußte von Neutra nach Preßburg überführt werden. Die Blutvergiftung soll sich Burian von dem Messer eines Neutraer Kafeurs zugezogen haben.

Schwerer Unfall im Prager Varietétheater. Der Artist Karl Hänle stürzte Mittwoch im Prager Theatre Variete bei einer Produktion von einer elastischen Brücke mit dem Kopfe zu Boden und verlor das Bewußtsein. Er wurde aus dem Bühnenraum getragen und ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Das Krankenhaus entließ ihn in Privatpflege.

Die Flucht der Landeskinder. Gestern verließen 60 slowakische Auswanderer Prag auf dem Wege nach Amerika.

Die Auflage der „Arbeiter-Zeitung“: 118.000 Exemplare. In Wien hat die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei die erste Viertelmillion überschritten. Die Mitgliederzahl läßt sich nämlich jeden Monat aus der Auflage der obligatorischen Parteipresse: dem „Sozialdemokraten“ und „Die Frau“, die an Stelle der „Arbeiter-Zeitung“ erscheint, feststellen. Die Auflage des „Sozialdemokraten“ betrug im Monat März 180.000 Exemplare, die Auflage der „Frau“ in Wien 75.000 Exemplare. Da die Berechnung der beiden Parteipresse sehr genau erfolgt und mit der entsprechenden Zahl der bezogenen Parteimitglieder übereinstimmen muß, so ergeben die Auflagezahlen die tatsächliche Zahl der Mitgliedschaft. Gleichzeitig mit dem Wachstum der Parteipresse stieg aber auch die Auflage der „Arbeiter-Zeitung“. Der letzte Parteibericht wies eine tägliche Auflage von 102.000 Exemplaren aus. Seitdem ist die Auflage der Arbeiter-Zeitung auf 118.000 gestiegen. Im Wiener Parteivorstand war vor kurzem beantragt worden, jedes Vierteljahr den Parteimitgliedern mit dem „Sozialdemokraten“ auch eine politische Broschüre kostenlos zu geben. Die ersten Broschüren sind schon erschienen. Die Broschüre für die männlichen Mitglieder — 32 Seiten stark — hat Dr. Otto Bauer verfaßt; sie beschäftigt sich mit dem aktuellsten Problem der Partei, mit dem „Kampf um die Macht“. Sie wird vorläufig in 295.000 Exemplaren (in 180.000 Exemplaren in Wien und in 115.000 Exemplaren in Niederösterreich) unentgeltlich verteilt. Die neue „Frau“, die Broschüre für die weiblichen Mitglieder, enthält Beiträge der Genossinnen Popp, Schlesinger, Freundlich, Proft und Furtmüller; sie wird in Wien (80.000) und in Niederösterreich (35.000) vorläufig in 115.000 Exemplaren unentgeltlich verteilt.

Czernin verläßt seine Partei. Wie die Wiener Blätter melden, hat der vormalige Nationalrat Czernin die Präsidentschaft der Bürgerlichen Arbeiterpartei niedergelegt und ist aus deren Parteileitung geschieden. Der Parteivorstand beschloß eine durchgreifende Reorganisation der Partei und betraute mit deren Durchführung wie mit der Leitung der Parteigeschäfte bis zur Wahl eines neuen Parteipräsidenten ein viergliedriges Exekutivkomitee.

Der Fredericus-Rex-Film im Dienste der belgischen Nationalisten. Im vergangenen Jahre wurde überall in Deutschland der Fredericus-Rex-Film vorgeführt. Die sozialistische Presse hat keinerlei Anlaß zu nationalisierenden Demonstrationen gegeben hatte, wegen seiner Tendenz, den alten preußisch-deutschen Militärgott im deutschen Volke wieder zu beleben, scharf beurteilt. Jetzt wird aus Brüssel mitgeteilt, daß dort dieser Film bei Veranstaltungen zugunsten der belgischen Befreiungsstruppen vorgeführt wird. Auf die Ankündigung der Aufführung hin erhielt der Soir, eine Brüsseler Tageszeitung, von einem französischen Filmverlag folgende Zuschrift:

„In Ihrer Nr. 6 d. J. kündigen Sie die Eröffnung des „Troadero“ an, wo der Film „Fredericus Rex“ zur Verfügung zu stellen, sondern Sie bittet Sie auch, die Summe von 1000 Franken anzunehmen zu wollen, die Ihnen die Gesellschaft in 100 Fauteuilplätzen zur Verfügung stellt mit der Bitte, sie an Kriegsinvaliden vergeben zu wollen.“

Die „Société française de films artistique“ ist nicht nur glücklich, Ihnen den Film „Fredericus Rex“ zur Verfügung zu stellen, sondern Sie bittet Sie auch, die Summe von 1000 Franken anzunehmen zu wollen, die Ihnen die Gesellschaft in 100 Fauteuilplätzen zur Verfügung stellt mit der Bitte, sie an Kriegsinvaliden vergeben zu wollen.

Sie werden zweifelsohne mit uns einig gehen, daß es nur einen Akt der Gerechtigkeit bedeutet, wenn jene Kämpfer, Opfer des Krieges von 1914, im Film „Fredericus Rex“ einen der Gründe sehen, die die Veranlassung zu ihrem Leiden gab.“

Die bürgerliche Presse in Deutschland brachte im vorigen Herbst große Statistiken, wieviel tausend Vorstellungen in den verschiedenen deutschen Großstädten stattgefunden, und wieviel Hunderttausende von Besuchern den „Fredericus Rex“ gesehen hätten. Der Film, der damals in deutschen Lichtspielhäusern so großen Beifall fand, wird jetzt in Belgien bemut, um Haß und Abscheu gegen den preußischen Militarismus zu verbreiten. So wird immer wieder die alte Erfahrung bestätigt: Die deutschen Nationalisten und Militaristen liefern den französischen und belgischen Chauvinisten das wirksamste Agitationsmaterial gegen Deutschland.

Ein mißglückter Anschlag gegen kommunistische Abgeordnete. Wie die „N. Z.“ am Mittwoch mitteilt, erschien Donnerstag, noch während der kommunistische Abgeordnete Fröhlich sprach, eine Anzahl Kriminalpolizisten im Reichstagsgebäude, um nach Auslösung des Reichstages die wegen Hochverrat beschuldigten kommunistischen Abgeordneten Fröhlich, Stöcker und Koenen zu verhaften. Der Versuch mißlang, denn nachdem Fröhlich mit seiner Rede zu Ende war, ist er mit seinen Parteigenossen spurlos aus dem Hause verschwunden.

Mordplan gegen Kahr? Vor der Münchner Strafkammer wird am 21. März gegen eine Anzahl von Personen wegen Mordverabredung verhandelt, die sich gegen Herrn von Kahr richtete. Angeklagt sind Arbeiter, Angestellte, Beamte und ein Filmschauspieler.

Ein Arzt von furchtbarer Anklage freigesprochen. Der große Rat des Kantons Genf hat sich noch einmal mit der Angelegenheit des Professors Kummer, Direktors der chirurgischen Klinik an der Universität und am Kantonshospital, befaßt. Gegen Kummer war von früheren Angestellten die Anschuldigung erhoben worden, er habe einen noch lebenden Menschen sezziert. Der Regierungsrat des Kantons Genf und ebenso der große Rat sprachen Kummer nach einer monatelangen Untersuchung durch besondere Kommissionen frei und setzten ihn in alle seine Rechte und Stellungen wieder ein, wobei ihm angemessene Entschädigungen zugesprochen wurden.

Der Rastenterror in Spanien. Das militärische Direktorium in Spanien scheint sich bis jetzt mehr auf polizeiliche Maßnahmen zu verlassen als auf das Bestreben, die öffentliche Meinung mit sich auszuheilen. Es hat bereits reichlich von dem bequemen Mittel der Deportation Gebrauch gemacht. Aber damit greift es offenbar auch am liebsten an das Gewissen des Volkes. Gegen die Verbannung Miguel de Unamuno, der auf der Insel Fuerteventura (Kanarische Inseln) verbannt wurde und dort jetzt sogar in persönlicher Isolierung leben muß, hat der „Liberal“ Beschwerde erhoben. Unamuno ist Rektor der Universität Salamanca. Er ist der tiefste Denker des heutigen Spanien. Seit Jahrzehnten steht er an der Spitze einer geistig-politischen Reformbewegung, die das in Tradition erstarrte Land den neuen Ideen öffnen will. Unamuno hat sich gegen die Diktatur ausgesprochen. Dafür hat der Diktator ihn verbannt. Gleichzeitig wurde das „Ateneo“ in Madrid, die Jahrhundert alte Stätte wissenschaftlicher Diskussionen, in der Unamuno seine Rede gehalten hatte, geschlossen. Diese Gewaltakte wirken, so meldet die „Frankf. Zeitung“, auch über die Grenzen hinaus. In Paris hat der Schriftsteller Valéry-Larbaud eine Reihe von Unterschriften für einen Protest gegen die Verbannung Unamunos gesammelt. Professor Brunot, der bekannte Sprachhistoriker, schreibt: „Die Verbannung Unamunos wird die Schande der gegenwärtigen Herren von Spanien sein.“ Aus Italien

hat Gabriele d'Annunzio ein Telegramm geschickt, das in den heftigsten Ausdrücken die Handlungsweise des „subalternen Generals“ verurteilt. Ob Primo de Rivera sich diesen Kundgebungen beugen wird, steht dahin. Wahrscheinlich werden sie durch die Zensur dem spanischen Volke vorenthalten werden. Aber sie sind jedenfalls ein Beweis, daß jedes Gewaltregime zuletzt geistige Gegenströmungen erzeugt, denen es auf die Dauer nicht widerstehen kann.

Eine Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt. Wie die Blätter aus Kopenhagen melden, nahm der dänische Reichstag den Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt in zweiter und dritter Lesung an. Die Kosten werden auf 43,5 Millionen Kronen veranschlagt. Nach Ansicht der Sachverständigen bietet der Bau keine besonderen technischen Schwierigkeiten.

London Manchester in 75 Minuten. Das zwischen London und Manchester die Verbindung vermittelnde Flugzeug hat Mittwoch einen doppelten Rekord dadurch erzielt, daß es früh von London nach Manchester in bloß 75 Minuten flog und nachmittags auf dem Rückflug den Rekord wiederholte. Damit durchflog der Aeroplane fast 800 englische Meilen in sechs ein und halb Stunden. — Ein weiterer Flugrekord wird auf Le Bourget gemeldet: Ein Transportflugzeug der Linie Paris—London mit sieben Passagieren und 400 Kilogramm Gepäck hat die erwähnte Strecke in der Rekordzeit von 1.51 Stunde zurückgelegt.

Eine Schauspielerin in Budapest verschwunden. Die 24jährige Richta Hilda des gewesenen deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, die von Beruf Schauspielerin ist und sich seit einigen Wochen bei der Familie eines Budapest Fabrikdirektors zum Besuche aufhielt, ist spurlos verschwunden. Die Polizei hat auf Anzeige des Fabrikdirektors die Recherchen eingeleitet.

Ueberfall auf einen Kassenbeamten. Auf ähnliche Weise, wie seinerzeit die Raubüberfälle in Wien und Prag vollbracht wurden, wurde Mittwoch mittags in dem Kassenraum der Zentralbank deutscher Sparkassen in Wien ein Raub ausgeführt. Das Opfer ist der bei der Warenkommissions-A.-G. beschäftigte Kurt Steinhäuser. Er hatte bei der Zentralbank einen Millionenbetrag behoben und zählte das erhaltene Geld beim Pult sofort nach. Da trat ein Mann auf ihn zu und machte ihn aufmerksam, daß ihm zwei 10.000-K-Noten auf den Fußboden gefallen seien. Steinhäuser bückte sich, um das dort liegende Geld zu heben und diesen Augenblick benützte der Täter, der noch einen zweiten Komplizen hatte, um ihm 100 Stücke zu 500.000 K zu rauben. Dies ist vermutlich durch einen zweiten Mann geschehen, der sich hinter einem beim Pult befindlichen Heiler verborgen gehalten hatte.

Ein Beerdigung mit Hindernissen fand laut Bülacher „Volkstreu“ letzter Tage in einer Gemeinde des Züriches Unterlandes statt. Als die Trauergemeinde bereits einige Zeit in der Kirche sich befand, fehlte noch der Herr Pfarrer, der, wie sich nachher herausstellte, die Bestattung ganz verweigert hatte. Der Sigrist wurde nervös, und bestieg unsicheren Schrittes selbst die Kanzel, um das Vaterunser zu beten, was ihm aber nicht vollständig gelangen sei. Darauf sprang die anwesende Frau Pfarrer ein, bis endlich die erlösende Rettung — der zweite Pfarrer erschien und der äußerst heiligen Situation ein Ende machte.

Leffner Koff. Das Leffner Blatt „N. Doberer“ brachte in diesen Tagen folgendes Interat: „Suche bessern Angestellten zum Essen. Gute Küche. Am besten Deutschschweizer. Chiffre usw.“

Wenn man solche Publikationen liest, könnte man ordentlich Angst bekommen, daß die Menschenfresserei neuerdings in Europa an Ausbreitung gewinnt. Die „bessern Angestellten“, die als besonderer Leberbissen im Leffner bereits eine gesuchte Ware zu sein scheinen, mögen also zu ihrem Besten Sorge tragen, wenn ihnen das Leben lieb ist. Die Leffner Koffoffeleien sind allerdings in der Schweiz für vorzügliche Pension bekannt und berühmt, aber daß sie sogar „bessere Angestellte zum Essen“ benötigten (ob in rohem oder gekochtem Zustand, wird nicht gesagt), — nein, das ist uns ganz neu! Proft Wahlzett!

Die Affäre des Pariser hilenischen Gesandtschaftskontaktes. Der geheimnisvoll aus Paris verschwundene hilenische Diplomat Guidobro ist gestern zu seiner Familie zurückgekehrt.

Schachmeister-Turnier in New York. Am 18. d. M. beginnt in New York das internationale Schachmeister-Turnier. An demselben werden teilnehmen: Alschin, Capablanca, Dr. Lasker, Réti, Tartakower, Maroczy, Bogoljubow, Marshall, Janowski, Ed. Lasker und Yates. Capablanca, welcher vor kurzem erkrankt war, hat sich soweit erholt, daß er seine Teilnahme an dem Turnier endgültig zusagen konnte.

Prager Mustermesse. Beratungsstelle für Messebesucher im Altstädter Rathaus. Während der Messe wird für die in die Wohnungskanzlei der Messe kommenden Messebesucher im Altstädter Rathaus eine besondere Beratungsstelle amtiert. Sie wird diesen im allgemeinen mit Rat und Tat an die Hand gehen und sie im besonderen über die Einrichtungen am Ausstellungsorte unterrichten, bezw. mit den dort befindlichen Stellen des Messeamtes in Verbindung setzen. — Die Legation der Vereinigten Staaten von Mexiko hat auf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Fortsetzung der Beteiligung des Handelsbevollmächtigten an der vergangenen Herbstmesse eine Exposition mexikanischer Rohprodukte eingerichtet. (Italienische Sonderausstellung auf der Mustermesse.) Ueber 150 Quadratmeter umfaßt die italienische Sonderausstellung, welche Südrüchte aller Art, Paradiesäpfel, Extrakte, Tabakfabrikate, Weinsorten etc. umfaßt.

Waffenübung und Arbeitsverhältnis.

Regelung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes.

Wie in den letzten Jahren, so sind auch für das Jahr 1924 mit Regierungsverordnung (vom 29. Februar 1924) Bestimmungen über den Einfluß der Einberufung des Dienstnehmers zu den Waffenübungen auf die Dienstverhältnisse getroffen worden. Die heutige Verordnung bringt keine Änderung mit sich, ihr Inhalt sei aber wegen der außerordentlichen Wichtigkeit für viele Arbeitnehmer im folgenden wiederholt:

In der Frist, die zehn Tage vor dem Antritt der Übung beginnt und mit dem siebenten Tag nach Beendigung der Waffenübung endet, kann das Dienstverhältnis nur durch vom Arbeitnehmer vorgenommenen Kündigung aufgelöst werden, während eine in dem erwähnten Zeitraum vom Dienstgeber gegebene Kündigung rechtswirksam ist. Voraussetzung der erwähnten Schutzbestimmung ist allerdings, daß das Dienstverhältnis bei Dienstnehmern, die „höhere Dienste“ leisten, sechs Monate, bei Arbeitern sechs Wochen gedauert hat; auf Saisonarbeiter findet sie überhaupt keine Anwendung.

Für die Zeit der Militärdienstleistung gebührt dem Arbeiter kein Gehalt; es sei denn, daß durch Gesetz oder Vertrag für den konkreten Fall etwas anderes bestimmt ist. Dem Angestellten, der von der Waffenübung zurückkehrt, gebühren seine früheren Dienstbezüge mit etwaigen Teuerungszulagen; sind in der Zeit seiner Militärdienstleistung die Löhne der betreffenden Dienstnehmerkategorie neu geregelt worden (etwa durch einen neuen Kollektivvertrag), so bezieht sich diese Neuregelung auch auf ihn. Die Kündigungsfrist, die vor der Einberufung des Arbeitnehmers für sein Dienstverhältnis Geltung hatte, findet auch bei dem nach Leistung der Waffenübung fortgesetzten Arbeitsverhältnis Anwendung.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, nach Einberufung der Waffen- oder Dienstübung die Arbeit wieder anzutreten. Tut er das nicht binnen sieben Tagen, so wird angenommen, daß er austritt; diese Folge wird dann nicht eintreten, wenn er ohne sein Verschulden durch einen wichtigen Grund am rechtzeitigen Wiedereintritt des Dienstes verhindert worden ist.

Die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsfrist ist für die Zeit der Waffenübung suspendiert. Sie tritt erst wieder mit dem Dienstantritt des Arbeitnehmers ein.

Dieser kurzen Darstellung des Inhaltes der Verordnung sei eine formelle Bemerkung angefügt:

Die Bestimmung erscheint man schon zum wiederholten Male in Form einer Regierungsverordnung und stützt sich auf das berüchtigte Ermächtigungsgesetz vom 15. April 1920, mit dem die Regierung von der selbsternannten Nationalversammlung kurz vor deren Auseinandergehen ermächtigt wurde, zur Regelung der außerordentlichen wirtschaftlichen oder sanitären Verhältnisse, die durch den Krieg hervorgerufen wurden, den Verordnungswege zu betreten, wo sonst ein Gesetz notwendig wäre, wenn dies dringend notwendig erscheint und die Verzögerung, die mit der Vorlage der Angelegenheit an die gesetzgebende Körperschaft verbunden ist, schädlich wäre.

Es ist klar, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes hier nicht gegeben sind. Die Lage der Arbeiter, die jetzt zu den Waffenübungen des tschechoslowakischen Heeres herangezogen werden, gehört nicht zu den außerordentlichen durch den Weltkrieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern ist ein Problem, das für die Dauer der Geltung des Wehrgesetzes von 1920 sich regelmäßig ergibt und sich selbst und gerade dann ergeben müßte, wenn in Abänderung der gegenwärtigen Wehrrückstellung und in Ausführung der im Wehrgesetz kodifizierten Verpflichtung, das Militärwesen zur Einführung gelangen würde.

Auch die zweite im Ermächtigungsgesetz aufgestellte Voraussetzung, daß durch Herbeiführung der gesetzlichen Regelung der Fragen eine schädliche Verzögerung herbeigeführt würde, kommt hier nicht in Betracht, denn die Regelung der Dienstverhältnisse der zu den Waffenübungen Einberufenen ist schon seit Jahren notwendig gewesen und auch erfolgt, so daß schon lange ein diesbezügliches Gesetz unter Dach und Fach sein konnte.

Es ist fast unbegreiflich, warum die Mehrheitsparteien den obigen Weg des Ermächtigungsgesetzes und noch dazu gegen den Wortlaut desselben selbst damit gehen, wenn es sich um Bestimmungen handelt, deren Notwendigkeit von jedermann, insbesondere von jeder Arbeiterpartei, eingesehen werden muß.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen liegt im vorliegenden Fall darin, daß die Verordnung vom 29. Februar 1924 stammt, also von dem Tage, an dem sich der Tag der Beschließung der tschechoslowakischen Verfassung, der 20. Februar 1920, zum dritten Male wiederholte. Auf diese Weise hat die Regierung der tschechoslowakischen Republik den Verfassungstag gefeiert.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich die Aufgabe, bei Anlaß der Neuregelung des Arbeitsrechtes auch auf eine Berücksichtigung der durch die Einberufung verursachten Schäden für den Dienstnehmer zu dringen, schon jetzt aber die gesetzliche und dauernde Freistellung der im Verordnungswege gegebenen Bestimmungen und ihren acrobatischen Ausbau zu fordern, um sie vor der Willkür jeweiliger Regierungen und der Ausschaltung ihrer Gesetzmäßigkeit sicherzustellen.

E. S.

Kleine Chronik.

Wie der Bernstein entstand. Der Bernstein ist bekanntlich ein fossiles Harz der Bernsteinflöhe. Die Nadelstängel, aus deren Stämmen viele Jahrtausende hindurch das flüssig abgekühlte Harz niederkam, gehörten zu den Waldungen einer der ersten jener Epochen, die wir unter dem Namen Tertiärformation zusammenfassen. Damals erhoben sich diese Bernsteinflöhe aus einem ausgedehnten Bergland, dessen Südgrenzen etwa den Umfassen des mittleren Teiles der heutigen Ostsee entsprachen haben mögen und dessen Boden aus dem Meereschlamm der vorhergegangenen Kreideformation gebildet war. Im Laufe der Jahrtausende häufte sich das niedergelassene Harz auf dem Waldboden zu hohen Schichten an, während die Bäume vermoderten und neuen Platz machen mußten. Bei einer Senkung des Landes geriet nun jener Waldboden in den Bereich des Meeres und wurde zerworfen. Die Wellen schwenkten die noch vorhandenen Stämme fort, der Bernstein aber wurde umgewälzt. Diese damals im Meer geliebte Schicht, die sogenannte „blaue Erde“, ist die Heimat des Bernsteins. Sie ist eine hauptsächlich an der preussischen Ostseeküste (Samland) verbreitete sandige Leiteschicht des unteren Oligozäns, die ihre schwärzlich grüne Farbe einem grünlich blauem Mineral, dem Glaukonit, verdankt. Da aber der Bernstein nicht an primärer Lagerstätte ruht und die in ihm eingeschlossenen Organismen, pflanzliche wie auch tierische, einen altersfälligen Charakter tragen, als es dem unteroligozänen Alter entspricht, so dürfte er wohl dem ältesten Tertiär, dem Eozän, entstammen. Als dann in der Eiszeit nordische Gletscher sich über jene Gebiete weit nach Süden hin ausdehnten, unter sich den Boden mit fortziehend, kam auch der Bernstein in die diluvialen Ablagerungen und nach Schluß der Eiszeit durch die abtragende Tätigkeit des Wassers in die als Alluvium bezeichneten Schichten und in die Ostsee, aus der jeder gegen die Küsten gerichtete Sturm noch heute Stücke jenes vorweltlichen Harzes auf den Strand wirft. Wie lange es wohl her ist, daß noch die Bernsteinflöhe ihr goldiges Harz zur Erde träufeln lassen, ist nicht genau anzugeben. Immerhin läßt sich aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit durch die Eiszeiten bis zurück an die Grenze der Tertiärzeit ein Zeitraum von einer halben Million Jahren annehmen.

Um die Welt in einer Notornacht. Nach einer zehnmonatigen Kreuzerfahrt rund um die Welt, die er mit seiner Familie auf einer kleinen, 600 Tonnen fassenden Notornacht „Fantome“ unternommen hat, ist Ernest Guinnes mit seiner Familie jetzt nach London zurückgekehrt. Die Fahrt kreuzte im Atlantischen Ozean und passierte dann den Panamakanal. Auf den Fidschi-Inseln veranstalteten die Eingeborenen für die englischen Gäste einen festlichen Empfang, bei welcher Gelegenheit sie auch zu Ehren der Gäste die Zeremonie des „Kava-Tranks“ ausführten. Von den Fidschi-Inseln setzte die Nacht Kurs auf Yokohama, wurde aber durch das Auffangen drahtloser Nachrichten von dem Erdbeben in Japan zur Aenderung des Reiseplanes veranlaßt.

Volkswirtschaft.

Amsterdam und Moskau.

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt mit: Das von der Bürokratie des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 28. Feber d. J. besprochene Schreiben der Russischen Gewerkschaftszentrale, das eine Antwort auf die dieser Organisation in einem Brief vom 11. Dezember 1923 mitgeteilte Resolution der Vorstandsstiftung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 8. November 1923 ist, in der das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes ernächtigt wurde, „an Besprechungen mit der Exekutive der Russischen Gewerkschaftszentrale unter Ausschluß der Roten Gewerkschafts-Internationalen teilzunehmen, um auf der Basis der Statuten und des Programms des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Versuch zu machen, die internationale Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen“, hat folgenden Wortlaut:

Moskau, 7. Feber 1924.

Gehrier Herr!

In Beantwortung Ihres Briefes vom 11. Dezember teilen wir Ihnen mit, daß wir infolge der Abwesenheit verschiedener Mitglieder unseres Präsidiums Ihr Schreiben erst in unserer Sitzung vom 5. Feber 1924 behandeln konnten.

Wir sind, was die Sache selbst anlangt, erstaunt darüber, daß das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam statt auf den vom All-Russischen Gewerkschaftsrat gemachten Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz zwecks Beratung der Kampfmethoden gegenüber der Reaktion und dem immer mehr anwachsenden Faschismus eine direkte Antwort zu geben, sich auf die Resolutionen seiner Kongresse beruft, an denen wir nicht teilgenommen haben und die uns sonach in keiner Weise interessieren. Sie haben Ihre Kongresse, wir haben die unseren; aber Sie können nicht Gegenstand unserer Korrespondenz sein.

Sie äußern Ihr Erstaunen darüber, daß alle russischen Industrieverbände den Wunsch ausdrücken, zu den Internationalen Sekretariaten zugelassen zu werden, trotzdem sie der Roten Gewerkschafts-Internationalen angeschlossen sind. Der All-Russische Gewerkschaftsrat ernächtigt die ihm angeschlossenen Verbände, in Unterhandlungen mit den Internationalen Sekretariaten einzutreten und sich ihnen anzuschließen, und gleichzeitig weiter dem All-Russischen Gewerkschaftsrat und der Roten Gewerks-

chafts-Internationalen anzugehören. Wir sehen hierin keinerlei Widerspruch und erachten jede Diskussion über diese Frage für zwecklos.

Was uns interessiert, ist die gemeinsame Aktion der Gewerkschaften aller Richtungen gegen unsere Klassenfeinde. Wir erklären uns bereit, mit Euren Vertretern an einem Ort und zu einem Datum, die wir Eurer Wahl überlassen, zusammenzukommen, um in ernster Weise über den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Offensive zu beraten.

Wir erwarten eine telegraphische Mitteilung über Zeitpunkt und Ort der Konferenz.

Der Präsident des All-Russischen Gewerkschaftsrates: gez.: M. Tomsky.

Der Sekretär: gez.: Dogadof.

Wie bereits mitgeteilt, hat das Büro von einer Beantwortung dieses Schreibens abgesehen. Nebenbei scheint die Sache ja diesmal doch nicht so sehr zu eilen, da der Vorstand der Russischen Gewerkschaftszentrale erst am 5. ds. Zeit gefunden hat, um unseren Brief vom 11. Dezember vorigen Jahres zu beantworten.

Wie sollte man übrigens mit praktischen Resultaten rechnen können, wenn der Wortführer der russischen Organisation im voraus sagt, daß er für die Beschlüsse und Aeußerungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht das geringste Interesse hat? Das macht uns auch erklärlich, weshalb russischerseits stets in einem geringfügigen Ton über uns geschrieben wird. Man schreibt also über uns und führt den Kampf gegen uns, ohne zu wissen, daß jeder unserer Kongresse keine Sympathie mit der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Arbeitern ausgesprochen hat.

Was unser Interesse für die russische Bewegung betrifft, können wir genau das Gegenteil sagen.

Wir verfolgen alles, was auf die russische Arbeiterbewegung Bezug hat, mit der größten Aufmerksamkeit, da sie uns ungemein interessiert und wir den Augenblick nicht verpassen möchten, in dem es möglich sein wird, die Einheit der russischen Gewerkschaftsbewegung mit der Arbeiterbewegung der übrigen Länder zu verwirklichen.

Daß uns Tomsky aber schließlich doch freundlichst gestattet, unsere Kongresse abzuhalten, erfüllt uns mit Dankbarkeit für diese Anerkennung unseres Rechtes auf selbständige Existenz. Wenn man uns dann auch noch das Recht zugesteht, die Beschlüsse dieser Kongresse durchzuführen, ist alles in bester Ordnung.

Wir unsererseits anerkennen die Existenzberechtigung der russischen Gewerkschaftszentrale, nicht aber die der Roten Gewerkschafts-Internationalen, die gemäß ihren Statuten mit dem Ziel errichtet wurde, die Amsterdamer Internationale zu vernichten. Dies wurde auch im Beschluß unserer Vorstandsstiftung vom 9. November 1923 zum Ausdruck gebracht.

Wenn aber die Russen der Meinung sind, daß diese Kongreßbeschlüsse keinen Gegenstand der Korrespondenz zwischen uns bilden können, dann haben sie eine falsche Auffassung über die Pflichten eines Vorstandes wie des unfrigen, der nun einmal zur Einhaltung der Kongreßbeschlüsse verpflichtet ist, wie das einer Organisation geziemt, in der die Arbeiter durch ihre selbstgewählten Leiter und Delegierten Beschlüsse fassen.

Aus diesem Grunde erachten wir es für nötig, daß diese Beschlüsse in der Tat einen Gegenstand der Korrespondenz ausmachen. Bei denkbaren Arbeitern herrscht die Gepflogenheit, daß wenn zwischen zwei Parteien Unterhandlungen angebahnt werden sollen, nicht der eine Teil einseitig bestimmt darf, was zuzulassen oder nicht zuzulassen ist. In jedem Fall sprechen wir den Russen das Recht eines derartigen Vorgehens in unserem Falle ab.

Betreffend die Zulassung russischer Organisationen zu den mit uns zusammenarbeitenden Berufs-Internationalen, können wir nur zu gut begreifen, daß man eine Debatte hierüber für unmöglich erachtet. Wir sind der Meinung, daß man dieser Debatte aus dem Wege gehen will, weil die Stellung der Russen nicht sehr sicher sein würde.

Wenn die Russen in diesen Bestrebungen ihrer Organisationen keinen Widerspruch sehen, die es als angeschlossene Organisationen der Roten Gewerkschafts-Internationalen als ihre Pflicht betrachten müssen, den Statuten ihrer Internationale gemäß, die Amsterdamer Internationale zu vernichten, dann möchten wir doch wissen, wie denn eine Sache beschaffen sein muß, die in Moskau als Widerspruch empfunden wird. Denn durch ihren Anschluß an unsere Berufs-Internationalen anerkennen die russischen Organisationen, die unsere Vernichtung anstreben, nicht nur unsere Existenzberechtigung, sondern sie akzeptieren damit gleichzeitig auch unser Programm.

Wir sehen hierin nicht nur einen Widerspruch, sondern wir betrachten dies geradezu als eine Unmöglichkeit für Arbeiter, die ihren Kameraden aus den andern Ländern ehrlich gegenüberstehen wollen.

Tomsky sagt ferner: „Was uns interessiert, ist die gemeinsame Aktion der Gewerkschaften aller Richtungen gegen unsere Klassenfeinde.“

Dies ist der Kardinalpunkt, der uns gleichfalls sehr interessiert. Darum — und dies kann vielleicht ein Grund sein, um uns gegenseitig näher zu bringen — möchten wir sehr gerne einmal von den Russen hören, wo er diese „Klassenfeinde“ sind.

Denn nach der Einleitung zu den Statuten der Roten Gewerkschafts-Internationalen wird auch unsere Internationale der Dienstbereitschaft vor

der Bourgeoisie“ diesen „Klassenfeinden“ zugeteilt.

Laut Artikel II, Punkt 4, hat die Rote Gewerkschafts-Internationalen den Zweck, „einen entscheidenden Kampf gegen das Internationale Arbeiterbündnis des Völkerbundes und gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zu führen, der durch sein Programm und seine Taktik eine Stütze der internationalen Bourgeoisie bildet.“

Gemäß Artikel III, Punkt 6 (Zutrittsbedingungen), übernehmen die der Roten Gewerkschafts-Internationalen angeschlossenen Organisationen die Verpflichtung, „alle Beziehungen mit der gelben Amsterdamer Internationale abubrechen.“

Wir gestatten uns sonach die Frage: Gehören auch wir zu diesen „Klassenfeinden“? Ja oder nein?

Wie wir der russischen Gewerkschaftszentrale bereits am 11. Dezember 1923 mitgeteilt haben, meinen wir der Verwirklichung der Einheit eine zu große Bedeutung bei, um uns nicht auch über große Differenzen hinwegzusetzen. Eine gemeinschaftliche Bekämpfung unserer Klassenfeinde kann jedoch unseres Erachtens nur zwischen jenen stattfinden, die nicht zu diesen Feinden gehören.

Was sagt man in Moskau dazu?

Die Gewerkschaften in der Tschechoslowakei am 31. Dezember 1922.

Das statistische Bureau veröffentlicht die Ergebnisse einer Statistik der Gewerkschaften, die mit dem Schluß von 31. Dezember 1922 aufgenommen wurde. Danach gibt es 358 tschechoslowakische Verbände mit 1.307.663 Mitgliedern, und 107 deutsche Verbände mit 390.985 Mitgliedern, zusammen 465 Verbände mit 1.698.648 Mitgliedern. Unter den tschechoslowakischen Verbänden nimmt die erste Stelle die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung ein mit 53 Verbänden und 404.984 Mitgliedern, dann folgt die tschechoslowakische Arbeitergemeinschaft mit 50 Verbänden und 287.431 Mitgliedern, die christlich-sozialen Gewerkschaften mit 20 Verbänden und 113.426 Mitgliedern, die Zentrale der Beamten-gewerkschaften mit 65 Verbänden und 108.461 Mitgliedern, der internationale allgewerkschaftliche Verband mit zehn Verbänden und 89.941 Mitgliedern, die Beamten mit Hochschulbildung mit 20 Verbänden und 10.241 Mitgliedern, die nationale Vereinigung der Gewerkschaften mit 15 Verbänden und 2794 Mitgliedern, während es 116 Verbände gibt, die außerhalb einer Gewerkschaftszentrale stehen und 290.385 Mitglieder haben. Von den deutschen Organisationsformen marschieren weitest an der Spitze der deutsche Gewerkschaftsbund mit 24 Verbänden und 291.269 Mitgliedern. Es folgt dann die Reichsvereinigung der deutschen Gewerkschaften mit 22 Verbänden und 43.112 Mitgliedern, der Verband der christlichen Gewerkschaften mit 13 Verbänden und 12.620 Mitgliedern, der Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen mit 21 Verbänden und 12.336 Mitgliedern. Schließlich gibt es 27 Verbände mit 31.648 Mitgliedern, die bei keiner Gewerkschaftszentrale sind.

Gegenüber dem Jahre 1921 macht sich ein bedeutsamer Mitgliederzuwachs bemerkbar. Dieser beträgt im ganzen 278.275 Mitglieder, das sind 14,20 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten in der Tschechoslowakei. Bei der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung betrug dieser Rückgang 40,12 Prozent, beim deutschen Gewerkschaftsbund 21,70 Prozent. Die tschechoslowakische Arbeitergemeinschaft gibt ihren Rückgang mit 7,85 Prozent, die nationalsozialistische Reichsvereinigung der deutschen Gewerkschaften mit 12,94 Prozent an.

Auf viele Details der Statistik kann hier nicht des näheren eingegangen werden. Wir empfehlen allen Interessenten, das Heft 3-5 des V. Jahrganges der Nachrichten des statistischen Staatesamtes — uns liegt bisher nur die tschechische Ausgabe vor — zu lesen.

Arbeitslose Bauarbeiter Achtung! Vom Ministerium für soziale Fürsorge ist mit 8. März l. J. folgender Erlaß (Z. 7.400/III-E-1924) an alle politischen Bezirksverwaltungen und Magistrate in Böhmen, Mähren und Schlesien, und Bezirks- und Gauämtern in der Slowakei und Karpathenland ergangen: Im Sinne der Regierungsverordnung Nr. 264 — 1923, beziehungsweise 11 — 1922 haben die Bauarbeiter in der sogenannten Arbeitslosen nach Ablauf einer 14tägigen Karenzzeit für die Dauer von vier Wochen den Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung und zwar im gleichen Ausmaße wie die übrigen Nichtsaisonarbeiter. Als Bau-Arbeitslosen wird die Zeit zwischen dem 1. März und 31. Dezember betrachtet. Weil an das Ministerium für soziale Fürsorge Anfragen gerichtet wurden: 1. seit welchem Termine die 14tägige Karenzzeit gerechnet werden soll und 2. ob Bauarbeiter, welche im Jahre 1923 bereits die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, zu dem neuen Gesuche um Arbeitslosenunterstützung die Bestätigung, daß sie seit der letzten Einstellung der Auszahlung der Unterstützung ununterbrochen wenigstens vier Wochen beschäftigt waren, beizulegen haben, wird folgendes bemerkt: Zu der ersten Anfrage bemerkt das Ministerium für soziale Fürsorge, daß die 14tägige Karenzfrist schon 14 Tage vor dem 1. März 1924 gerechnet werden kann. Was die Anfrage bezüglich des Nachweises der vierwöchentlichen Beschäftigung bei Geltendmachung des Anspruches auf die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1924 betrifft, wird bemerkt, daß es bei den Bauarbeitern, welche im Dezember 1923 die Unterstützung bezogen haben, gewöhnlich nicht möglich wäre, den Nachweis einer vierwöchentlichen Beschäftigung wäh-

rend der Winterzeit vorzulegen. Falls man auf dieser Bedingung beharren würde, so würden eigentlich die Bestimmungen der zitierten Regierungsverordnung die Gültigkeit verlieren — was der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hat. In diesen Fällen würde mit Rücksicht auf die Berufsbeschaffenheit die Arbeitsbestätigung aus dem zweiten Halbjahre 1923 genügen. Somit ist allerdings jeder Bewerber verpflichtet, auch die Bestätigung, daß er sich ordentlich bei der zuständigen Arbeitsvermittlungsstelle um Arbeit gemeldet hat, vorzulegen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Bauarbeiter den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von vier Wochen im Kalenderjahr, beziehungsweise während der Gültigkeitsdauer des zitierten Gesetzes hat, so daß er nach Erschöpfung dieser Unterstützungsdauer die Unterstützung auch dann nicht erlangen kann, wenn er eine vierwöchentliche Beschäftigung, analog dem § 3 des Gesetzes Nr. 322 — 1921 nachweist.

Reingewinn der tschechoslowakischen Banken im Jahre 1922. Laut Ausweis des statistischen Staatesamtes wies die 46 tschechoslowakischen Banken im Jahre 1922 einen Reingewinn von 2.342.055.000 Kč auf. Von dieser Gesamtsumme wurden für 86.129.000 Kč (d. i. 29,34%) Dividenden verteilt; für 75.500.000 Kč (d. i. 25,72%) auf außerordentliche Dividenden, 14.703.000 Kč (d. i. 5,01%) für Lantienem der Verwaltungsräte und 1.600.000 Kč (d. i. 0,55%) für Lantienem der Direktoren verwendet. Für gemeinnützige Zwecke wurden 260.000 Kč (d. i. 0,09%) zugeführt.

Der Aufwand der Tschechoslowakei an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1923: Nach einer Zusammenstellung von Dr. Kufhanek in der „Tribuna“ wurde der Kostenaufwand an Arbeitslosenunterstützung für das Jahr 1923 ursprünglich mit einem Betrage von 75 Millionen Kronen veranschlagt. Dieser Betrag war bereits in sechs Wochen zur Gänze aufgebraucht, worauf ein neuer Betrag von 218 Millionen Kronen bewilligt wurde. Da dieser Betrag abermals nicht hinreichte, wurde ein dritter Betrag in der Höhe von 140 Millionen Kronen für die Arbeitslosenunterstützung eingesetzt, so daß der bewilligte Gesamtbetrag 433 Millionen Kronen ausmachte, von welchen insgesamt 392 Millionen Kronen an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1923 zur Auszahlung gelangte. Dieser Betrag verteilte sich wie folgt: Böhmen 268.250.898,25 Kronen, Mähren 75.988.283,37 Kronen, Schlesien 17.645.753,47 Kronen, Slowakei 30.400.103,63 Kronen. Zusammen: 392.285.348,42 Kronen. Der größte Betrag an Arbeitslosenunterstützung entfiel auf den Monat Feber 56.941.081 Kronen und der geringste auf den Monat Feber 17.731.432 Kronen.

Einzig für Fischer gesperrt! Die Fischer in Linz (Oberösterreich) sind seit 9. Feber 1924 ausgesperrt. Die Genossenschaftsmeister haben wegen einiger Prozent mehr Lohn ihre sämtlichen Betriebe geschlossen und die Arbeiter auf die Straße gesetzt. Der Kampf dauert bereits die sechste Woche und die Unterneher bereits nervös, weil sich die Arbeiter nicht ruhig niederknippen lassen und sich zur Wehr setzen. Die Herren der Fischer-genossenschaft haben nun in einer Vollversammlung den Beschluß gefaßt, in der Tschechoslowakei Arbeitswillige anzuwerben, um den Lohnkampf unmöglich zu machen. Kein Fischerhelfer aus der Tschechoslowakei möge daher Arbeit nach Linz annehmen.

Ein internationaler Möbelkonzern. Nach Zeitungsmeldungen ist vor kurzem in Zürich eine „Golding Company Thonet Mundus A. G.“ gegründet worden, die als der größte Möbelkonzern bezeichnet wird. Der Konzern besitzt 18 Möbel-fabriken, sehr viele Sägewerke und bedeutende Holzindustrien und Forstverpflanzungsunternehmen. Alle Fabriken des Konzerns, mit Ausnahme der in Frankenburg (Deutschland) sind auf dem Gebiete der alten österreichischen Monarchie. Außerdem sind Neugründungen vorbereitet in Polen, ferner hat der Konzern in allen Teilen der Welt über fünfzig Filialen.

Neberzeichnung der Aktien der Golddiskontbank. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, liefen Donnerstag die der Reichsbank als Beitrittsleistungen sowohl der Berliner Bankiers als auch der Großbanken der Provinz zum Garantiefondsamt für die Aktien der Golddiskontbank in solchem Umfange ein, daß die Unterbringung der einen Hälfte der Golddiskontbankaktien, für welche die deutsche Bankwelt in Betracht kommt, gesichert ist. Die Bankwelt wird die auf sie entfallenden 100 Millionen Goldmark in pari übernehmen. Die Golddiskontbankaktien werden an der Börse eingeführt werden.

Der Schottische Gewerkschaftskongreß. Der Schottische Gewerkschaftskongreß wird am 16. April in Ayr zusammentreten. Er wird sich u. a. hauptsächlich mit dem Ausbau der Bewegung in Schottland befassen. Es soll die Einleitung einer allgemeinen Erhebung über die Schottische Gewerkschaftsbewegung vorgeschlagen werden. Der Schottische Gewerkschaftsbund soll das zuständige Organ für die Diskussion von Organisationsproblemen und Fragen der industriellen Politik werden. In einer der eingereichten Resolutionen wird auf die Notwendigkeit eines Arbeiter-Tagblattes für Schottland hingewiesen. Der Generalrat wird eingeladen, eine Konferenz aller kompetenten und an dieser Frage interessierten Parteien einzuberufen, um den Plan in die Tat umzusetzen.

Stimmes in Rußland. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, hat die Firma Hugo Stumm einen Vertrag mit dem russischen Naphthakonzern über den Alleinverkauf des russischen Benzins und Schmieröls für Deutschland, die Tschechoslowakei und Skandinavien abgeschlossen.

Englische Sozialpolitik. Die sozialpolitischen Maßnahmen der englischen Arbeiterregierung bedeuten einen großen Fortschritt auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Aus der jüngsten Entwicklung sei nur das neue Mietengesetz, das den Mietern bis 1928 sowohl in bezug auf die Mündung wie auf die Mieten einen radikalen Schutz gewährt, die Ankündigung eines Unterstützungssystems für Witwen mit Kindern, das den Staat nicht weniger als 20 Millionen Pfund kosten wird, hervorgehoben. Der zu erwartende Ueberschuss des nächstjährigen Budgets, 70 Millionen Pfund, soll neben Schuldentilgung zur Verabreichung von Verbrauchsteuern auf Volksbedarfsartikel, wie Zucker, Tee, verwendet werden. Auf der Ausgabeite wurden sämtliche Posten vermindert, mit Ausnahme der Ausgaben für Erziehung und Sozialpolitik. Da infolge der Entvölkerung Englands die Zahl der Säuglinge sich vermindert, wird noch ein erheblicher Betrag für Erziehungszwecke frei bleiben. In der Arbeitslosenversicherung wurde eine Anzahl wesentlicher Verbesserungen durchgeführt, die den Staat 600.000 Pfund kosten. Es soll noch die bevorstehende Erweiterung des Frauenwahlrechtes erwähnt werden; die Frauen werden in Zukunft das gleiche Wahlrecht haben wie die Männer, wodurch die Zahl der Frauenwähler um zwei Millionen größer sein wird als die Zahl der männlichen. Am wichtigsten ist aber die gesetzliche Einführung des Achtstundentages, die bald erfolgen wird.

Der Lohnkonflikt der Londoner Straßenbahn. Die Verhandlungen zur Beilegung eines Lohnkonfliktes zwischen Arbeitergewerkschaften und Angestellten der Londoner Straßenbahn führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten, daß es ihnen wegen der schlechten Finanzlage der Straßenbahn unmöglich sei, die von den Angestellten geforderte Lohnerhöhung von acht Schilling pro Woche zu gewähren. Es wird erwartet, daß der Arbeitsminister eine letzte Anstrengung zur Vermidung eines Streikes machen werde.

Schiffstreik in Neapel. In Neapel brach Donnerstag früh ein Streik der Schiffsverlader aus. Nach Eingreifen der faschistischen Organisation wurde die Kohlenversorgung der aus dem Hafen auslaufenden Schiffe aufgenommen. Eine Abordnung der Streikenden, die sich nach Rom begab, wurde von Mussolini erst empfangen, nachdem der Streik wieder abgebrochen worden war.

Vorträge.

Geschichte und Klassenkampf.

Die Aufgabe der sozialistischen Historiker in der Tschechoslowakei muß es sein, die Vergangenheit sowohl des deutschen als auch des tschechischen Volkes in den Sudetenländern als die Geschichte von Klassenkämpfen aufzuheben. Zwei in den letzten Tagen gehaltene Vorträge bewiesen, daß die Notwendigkeit dieser Arbeit und damit der Vertiefung unserer Ideologie eingesehen und in Angriff genommen wird.

Am Montag hielt in Prag-Weinberge Genosse Dr. Ernst Czuczka einen Vortrag über die kulturgeschichtlichen Beziehungen der Deutschen und Tschechen. Genosse Czuczka, der unter dem gleichen Titel vor kurzem ein historisches Werk hat erscheinen lassen, ging hierbei von folgenden Grundgedanken aus: Während sowohl die deutschen als auch die tschechischen bürgerlichen Historiker bisher in der Geschichte der Deutschen und Tschechen in Böhmen die nationalen Gegensätze hervorgehoben haben, ist es notwendig den kulturgeschichtlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern in der Geschichte nachzuspüren. So weist der Genannte nach, daß die nach Böhmen eingewanderten deutschen Kolonisten, von denen tschechische Historiker mit einem Gefühl der Verachtung sprechen, große kulturwirtschaftliche Leistungen aufzuweisen haben, die von den Tschechen in früheren Jahrhunderten auch anerkannt wurden. Ebenso haben große geistige Strömungen im tschechischen Volk ihren Einfluß auf die Entwicklung des deutschen Volkes geübt. So der Hussitenausbruch, der durchaus nicht bloß eine nationale Erhebung gewesen ist, die gegen das Deutsche gerichtet war. Unter den Vorkämpfern der Hussiten finden wir auch Deutsche. Ungemein interessant war auch die Auffassung des Vortragenden von der Schlacht am weißen Berg. Czuczka weist hier nach, daß den Tschechen die Niederlage nicht von Deutschen, sondern vor allem von der spanischen Kriegsmacht beigebracht wurde und daß auch die Gegenrevolution von Freiherren vorwiegend aus den romanischen Ländern durchgeführt wurde. Ein großer deutscher Dichter, Herder, hat auch den Sieg der Habsburger als den Erfolg barbarischer Unvernunft bezeichnet. Genosse Czuczka wies schließlich an einer Reihe von Beispielen und interessanten Details nach wie die nationalen Gegensätze in der Geschichte des tschechischen Volkes sich reiflos aus der Wirtschaft und aus Klassengegensätzen erklären lassen. — Der interessante Vortrag, der von der Lokalorganisation Weinberge veranstaltet worden war, fand viel Interesse und reichen Beifall.

Wittwoch den 13. März hielt als Gast der freien Vereinigung sozialistischer Arbeiter Genosse Dr. Josef Leitold Stern einen Vortrag über Heimatforschung und Klassenkampfsgeschichte. Er erörterte zunächst den Begriff der Heimatforschung und wies nach, daß die Heimatforscher bis heute den Begriff der Heimat noch nicht festgelegt haben. Das Heimatgefühl hängt zusammen mit der Schaffstätigkeit, deren Voraussetzung eine bestimmte Wirtschaftsordnung ist. Die Heimat ist sowohl ein Stück Natur als auch ein Stück Gesellschaft und so ist sie auch ein Gefühlskomplex, eine Religion, für den Nationalsozialisten Lehmann ist die Heimat nicht nur ein Stück Erde, sondern ein Stück Seele. So haben die Heimatforscher aus der Heimatkunde eine launenhafte

Synthese verschiedener Stimmungen und Wissenschaften gemacht.

Die Heimatforschung ist eine durchaus kleinbürgerliche Wissenschaft. Sie ist eine Wehr vom Gange der Weltgeschichte, die man nicht versteht, ein Protest gegen die Gegenwart und eine Flucht in die Vergangenheit. Das soziale Moment wird von den Heimatforschern vollständig vernachlässigt. Mit dieser Ideologie aber steht der Sozialismus im Widerspruch. Die Sozialisten müssen die Weltgeschichte studieren, weil die Quelle ist, aus der sie stets neue Kraft schöpfen. Nur wenn wir die Heimatforschung als eine Hilfswissenschaft der Weltgeschichte betrachten und in der Geschichte der einzelnen Gegenden das Gemeinsame und Gesetzmäßige hervorheben, erheben wir die Heimatforschung zu einer Wissenschaft.

Genosse Stern schloß damit — zu den Studenten gewandt, vor denen er sprach, — daß die heutige Jugend keinen historischen Sinn habe, was eine Folge des Krieges ist. Dieser historische Sinn müsse wieder geweckt werden.

An den Vortrag des Genossen Stern schloß sich eine interessante und ergiebige Diskussion, in der unter anderem der Gedanke erörtert wurde, eine Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Historiker zu schaffen, die sich die Erforschung der Klassenkämpfe in den Sudetenländern zum Ziele setzen würde. E. St.

Literatur.

Prostitution. Von JUDr. Ernst Doherty, Prag. Sammlung gemeinnütziger Vorträge, Nr. 532/533, Preis 2.50 K. Die Abhandlung befaßt sich auf zwanzig Seiten mit der Geschichte der Prostitution in Mitteleuropa, mit ihrer Reglementierung und mit dem neuen tschechoslowakischen Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach Ansicht des Verfassers ist die Prostitution um das Jahr 1000 in Mitteleuropa aufgetreten. Hamburg besaß bereits 1292 ein „Frauenhaus“. In Prag sollen die Dirnen um die Mitte des 14. Jahrhunderts ihr Quartier in einem Hause der Altstadt gehabt haben, an dessen Stelle heute das Haus Bartholomäusgasse Nr. 293 steht. Die Freudenhäuser waren fast ausschließlich Eigentum der Stadt oder der Stadt- oder Landesherren. Verheiratete, Geistliche und Juden hatten keinen Zutritt. Das Dirnengewerbe galt als unehrlich und verpöndelt zu einer eigentümlichen Tracht, aber man hechtete ihm gegenüber keine stiftliche Entrüstung; die Dirnen durften sich frei bewegen und wurden zur Begrüßung von Herrschern eingeladen. Die Dirnen waren organisiert und bildeten keine Winkelprostitution. Als sich um 1500 die Syphilis ausbreitete, schloß man die Bordelle und verhängte über die Prostitution harte Leib- und Lebensstrafen, selbstverständlich ohne den geringsten Erfolg hiemit zu erzielen. Nach und nach wurden später die Strafbestimmungen wieder gemildert und 1700 erfolgte die Regelung des Bordellwesens in Berlin, während Josef II. von einer Gestattung der Bordelle nichts wissen wollte und auch der Versuch gemacht wurde, mit Verordnungen und Verboten der Prostitution beizukommen. Es folgt eine mit großem Fleiß verfaßte knappe Zusammenstellung der österreichischen strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen, die auf die Prostitution Bezug haben. 1873 begann in Oesterreich die Reglementierung, die allerdings auf der keineswegs einwandfreien Grundlage fußt, daß die Polizeibehörde gesetzlich jede Dirne bestrafen konnte, aber von diesem Rechte keinen Gebrauch machen durfte, wenn sie sich der polizeilichen Ueberwachung und ärztlichen Untersuchung unterwarf. Der Weltkrieg brachte mit der riesigen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten in Oesterreich und Deutschland neue Maßnahmen; in Böhmen gab die Statthalterei „Grundzüge zur Regelung der Prostitution“ heraus; die Eindbung der Prostitution unter gesundheitspolizeilicher Regelung ausgesprochen. Auf sanitäre Maßnahmen wurde ein besonderes Gewicht gelegt. Eine einschneidende Veränderung brachte erst das Gesetz vom 11. Juli 1922, welche die Reglementierung der Prostitution aufhob und sich im Kampfe gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten der Bekämpfung der Bevölkerung über die Geschlechtskrankheiten und des Behandlungszwanges der Geschlechtskranken, der Bestrafung der geschlechtlichen Ansteckung anderer Personen und der Bestrafung von Prostituierten bedienen will. Die Strafbestimmungen des Gesetzes lassen die Strafbestimmungen wegen nachstehender Handlungen auch weiter in Geltung: Nötzlichkeit, Schändung, Verführung zur Unzucht, Kuppelei in Beziehung auf eine uneheliche Person, Entehrung einer Anverwandten durch einen Hausgenossen, Unzucht einer dienenden Frauensperson mit einem minderjährigen im Hause lebenden Sohne oder Anverwandten des Dienstgebers. Die Prostitution als solche ist nicht strafbar — sie bildet nur einen erschwerenden Umstand bei der Bestrafung der Aufforderung oder des Anbietens zur Unzucht und der Gefährdung oder Schädigung der Gesundheit durch den Geschlechtsverkehr Geschlechtskranker. Der Verfasser bespricht dann kurz und klar die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und kommt zu dem Schlusse, daß auch das neue Gesetz durch eine Reihe von Bestimmungen eine Art von Kontrollbirnen schafft. Es folgt weiter eine sachlich gehaltene Gegenüberstellung der Ansichten, welche bezüglich der Zweckmäßigkeit, beziehungsweise Unzweckmäßigkeit des Gesetzes in der Öffentlichkeit geäußert werden. Hierbei erwähnt der Autor auch die „Stimmen, welche auf den Ausschluß der großen Einkünfte verweisen, die die Gemeindens bislang aus den Einnahmen des Bordellbesitzers gezogen hatten und die jetzt natürlich in Wegfall kommen“, verneigt aber anzuführen, daß die „Stimmen der Kasierer der Gesellschaft“ überall dort zu hören sind, wo die heiligen Interessen von Ausbeutern bedroht sind. Dagegen anerkennt der Autor die Beseitigung des für einen Rechtsstaat beschämenden Widerspruches, daß die Kuppelei bestraft, die gewerbsmäßige Kuppelei aber unter der Waizana der Kuppelei

hürden gebildet würde. Es folgt schließlich eine gründliche Ausführung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegen den Mädchenhandel und dann werden die an Stelle der Bordelle sich entwickelnden Unternehmungen erwähnt. Von den Anstalten zur Besserung der Prostituierten erwartet der Verfasser nicht: „Die Prostitution könne, durch Jahrhunderte eingebürgert, bei der heute herrschenden grundsätzlichen Freiheit eines jeden Individuums, ob Mann oder Weib, nicht reiflos beseitigt werden.“ Bestand sie nicht auch in den Zeiten der größten grundsätzlichen Unfreiheit? Zum Schlusse betonte der Verfasser auf nachdrücklichste die wirtschaftliche Notlage als Ursache der Verbreitung der Prostitution, die um so größere Kreise ziehen muß, „Je weitere Kreise der wirtschaftlichen Verelendung verfallen. Gelänge es, diesen Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen heute die große Mehrzahl der Bevölkerung steht, zu beseitigen, dann hätte man der Prostitution den Nährboden entzogen. Leider waren wir aber wohl kaum jemals weiter von diesem Ideale entfernt, als gerade in der Gegenwart.“ Der Aufsatz hält sich von jeder Moralisererei fern. Es muß anerkannt werden, daß der bürgerlich eingestellte Verfasser Verständnis für die sozialen Grundlagen des behandelten Gegenstandes besitzt. A. K.

Kunst und Wissen.

Wagners „Lohengrin“ als Normal-Opernabend ohne besonderen Anlaß und ohne fremde Mithilfe ist für jedes große Operntheater der beste Maßstab für sein künstlerisches Niveau. Denn er erfordert nicht nur ausgezeichnete Solisten, sondern stellt auch an den Chor und das Orchester die höchsten Anforderungen und verlangt vom gesamten Bühnenapparat vollständige Anspannung aller Kräfte. Unser donnerstägiger Normal-Lohengrin gab keinen allzugünstigen Maßstab für das allgemeine künstlerische Niveau unserer Opernbühne ab; man hatte schon von einem Akte dieser gemächlichen Lohengrin-Aufführung genug. Es ist höchste Zeit, daß der Chor unserer Oper einmal einer gründlichen musikalischen Schulung unterworfen wird und daß die Regie mit der verschlammten Szene aufräumt. Wirkt schon die Teilnahmslosigkeit der Chormassen und Solisten an den Vorgängen auf der Szene illusionstörend, so ist erst recht ungenügende Unterhaltung, Pöhsen und Schälern einzelner nicht geeignet, den unerquicklichen Eindruck schmieriger Gemütslichkeit der Szene zu verschleiern. Auch den Solisten sei ans Herz gelegt, immer, also auch bei gewöhnlichen Opernpreisen, im Bewußtsein der künstlerischen Sendung zu singen und die ganze künstlerische Kraft an die Rolle zu wenden. Denn nur bei allgemeinen künstlerischen Höchstleistungen ist ein hohes künstlerisches Niveau gewährleistet. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag abends Premiere „Das Kamel geht durch das Radelöhrl“; Sonntag abends „Mädi“ bei ermäßigten Preisen.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Donizettis Oper „Don Pasquale“; Sonntag 3 Uhr „Lore“, „Die Erziehung zur Ehe“, abends halb 8 Uhr Molnars Vorstadtliebe „Lilium“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Brünn. Die am letzten Sonntag stattgefundene Bezirkskonferenz befaßte sich fast ausschließlich mit der Werbeaktion für Partei und Presse. Genosse Dr. Czuch, der über die Werbeaktion ein umfassendes Referat hielt, schlug nach der Debatte der Konferenz folgende Beschlüsse zur Annahme vor: 1. Die Werbeaktion wird in der Zeit vom 23. bis 30. März 1924 durchgeführt. 2. Die Lokalorganisationen halten sofort Plenarversammlungen mit der Tagesordnung „Werbeaktion“ ab. Referenten werden beigelegt. 3. Die Genossen Senator Polach und Prof. Schweiger arbeiten eine Redebroschüre für diesen Zweck aus und halten eine Referentenbesprechung ab. 4. Es werden Flugblätter, die den Verhältnissen entsprechen, hergestellt. Mit der Durchführung wird die Kreissekreture betraut. 5. Für Organisationen, die besonders gute Werbeerfolge leisten, werden Buchprämien gegeben. 6. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das Kreisblatt „Volkswille“ vorläufig weiterhin einmal wöchentlich erscheint. In Besprechungen mit dem Pressekonferenz soll auf gute Ausgestaltung Wert gelegt werden. Nach Annahme dieser Beschlüsse wurde nach Erledigung der übrigen Tagesordnung der Beschluß gefaßt, Gemeindevortretterkonferenzen abzuhalten.

Turnen und Sport.

Erzieherkurs in Brüj. Am 8. und 9. März fand in Brüj der zweite Erzieherkurs des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes statt, der den oberen Teil des 5. Kreises umfaßte und ebenso wie der erste Kurs in Dobenbach erfolgreich verlief. Den Kurs eröffnete Kreisobmann Gen. Ed. Erbacher, der in seinen einleitenden Worten auf die große Bedeutung und die Wichtigkeit solcher Kurse und der Erziehung überhaupt verwies. Zugleich spricht er die Hoffnung aus, daß mit den Kursen die Grundlage zu neuer und regamer Tätigkeit gegeben werde.

Bundeserzieher Gen. Richard Rejzner erwähnte, daß zwar die Grenzen unserer Erziehungsaufgaben gegeben sind, zur Verwirklichung unserer Ziele aber noch viel Schulung, Arbeit und Erfahrung notwendig ist. Er zeigt an der Hand von anregenden praktischen Winken, daß wir uns besonders mit drei Erziehungsfaktoren zu befassen haben. (Clern — Schule — Straße.) Seine Ausführungen, die durch den Erzieherplan vervollständigt wurden, lösten eine manngroße, doch inhaltvolle Wechselrede aus, an der sich viele Kreis- und Ortsleiter beteiligten.

Dann erstattete Kreisleiter Gen. J. J. zwei vortreffliche Referate über „Das Kind in der Buch“ und „Die Stellung der Erzieher im Verein“. Seine gehaltvollen Ausführungen zeigten ihn als bewährten Fachmann Kenner der proletarischen Kinderpsychologie, eine Voraussetzung, die für den sozialistischen Erzieher von Wichtigkeit ist. Die folgende Wechselrede wies in vielen Fällen die große Aufmerksamkeit der Erzieher. — Am Abend sprach noch Gen. J. über den Wert des Lichtbildes, erklärte die Behandlung des Apparates und zeigte auf schlechte Bilder, vorzügliche Märchenbilder unsere Kleinen, Sportbilder und Aufnahme dem Turnbetrieb.

Am folgenden Tage gewann Gen. Dr. durch Form und Inhalt seiner fesselnden Vorträge die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Erzieher besprach eingehend die Entwicklungspsychologie Menschen vom Urzustand bis zur Jetztzeit, den Zusammenhang mit unseren Erziehungsaufgaben und die Probleme Familie und Gesellschaft wobei er besonders die Stellung des Kindes festig behandelte. Als Abschluß sprach er über „Kultur und Sozialismus“ und sandte seine vortrefflichen Darlegungen vollste Zustimmung.

Ein vorzüglicher Anschauungsunterricht voll nachhaltiger Wirkung war durch die Zeichnung von Arbeiterkindern den Kursteilnehmern. Gen. Rejzner sprach mit ihnen, und gleich auch den Vereinsleiter praktisch zu in welcher Weise sich Erzieher und Kind begegnen sollen. Das äußerst lehrreiche Ergebnis wurde durch Gen. Rejzner in der nächsten Turnzeitung ausführlich behandelt sein. — In Nachmittagsstunden fungierte Gen. Dr. J. als Lehrer und behandelte das Thema „Kultur und Sport“. Zugleich wurde damit auch Alkoholfrage im allgemeinen erörtert. Die besten fachmännischen und wissenschaftlichen Anregungen (die nicht debattelos blieben), waren diesen wie in Dobenbach.

Zum Schluß erwähnte Gen. Rejzner die Erzieher, den in diesen zwei Tagen gelegenen Chancen nicht verfallen zu lassen, im Interesse der Weiterarbeit an den weiteren Ausbau unermüdet zu arbeiten. Noch ist viel harte Pionierarbeit zu bringen, das große geistige Ziel der Arbeiter wird immer aufmunternd auf alle einwirken. Der Kurs war von 45 Genossen besucht.

Herausgeber: Dr. Ludw. Czuch und Karl Cerny
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Reich
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Soltik.



BADE- und TOILETSEIFE
hat Weltreife

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau

Kalla's Brathering
Fischkonserven, Bäcklinge.



Zu beziehen durch die
Großverkaufsgesellschaft für Konservenvereine in PRAG II., Fugnerovo nám.